

5 Der große Boom (1952 – 1974)

Für die junge Bundesrepublik ging mit dem Jahr 1952 eine erste Epoche in der deutschen Nachkriegsgeschichte zu Ende. Die Zusammenbruchsgesellschaft der unmittelbaren Nachkriegszeit hatte neue Strukturen gefunden und ein „Ende der Nachkriegszeit“¹ wurde ausgerufen. Die größten materiellen Nöte der Bevölkerung und die Ungewissheiten über die Ordnung des Gemeinwesens schienen überwunden und man konnte mit einiger Zuversicht wieder in die Zukunft schauen. Für eine erfolgreiche Weiterentwicklung von Staat und Gesellschaft schienen die Weichen gestellt. Ließ sich die durch die Alliierten maßgeblich bestimmte Währungsreform von 1948 noch als eine notwendige Konsequenz der Finanzpolitik des Dritten Reichs interpretieren und die gleichzeitige Aussetzung der Bewirtschaftungsmaßnahmen durch die deutschen Behörden als mutige Tat des Wirtschaftsministers beschreiben, so folgten bald innen- und außenpolitische Entscheidungen des neuen Staatswesens, die wesentlichen Einfluss auf die weitere Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft nehmen sollten.

Mit der Errichtung eines Südweststaates „Baden-Württemberg“ war die staatliche Neugliederung Westdeutschlands vorerst abgeschlossen.² Das Ruhrstatut war mit der Gründung der EGKS hinfällig geworden und mit der Verabschiedung des Montanmitbestimmungsgesetzes wurde eine wichtige Vorentscheidung für die zukünftige Ausgestaltung der Wirtschaftsordnung getroffen. Hinzu kam, dass mit dem Ausbruch des Korea-Krieges eine internationale Konstellation entstanden war, die sich für die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Bundesrepublik als außerordentlich günstig erwies. Denn einerseits erleichterte das Ausbrechen eines offenen Ost-West-Konfliktes die politische Annäherung und spätere Eingliederung des zunächst noch verfeimten Deutschland in den „Westen“ und andererseits boten sich in der Kriegskonjunktur der deutschen Industrie mit ihren brachliegenden Produktionsreserven enorm günstige Exportchancen.

5.1 Im Wirtschaftswunderland

Die Trendperiode von 1950 bis 1973 wurde durch eine stürmische Hochkonjunktur geprägt, welche die Träume und Hoffnungen der Nachkriegszeit weit übertraf.³ „Die rasche Erholung war ein Wunder und überstieg die kühnsten Erwartungen.“⁴ Der Nachkriegsboom, der häufig als „Wirtschaftswunder“ apostrophiert wird, stellte ge-

1 So eine Ludwig Erhard zugeschriebene Äußerung aus dieser Zeit.

2 Eine Neugliederung der Ländergrenzen wurde im Grundgesetz Art. 29 GG aber ausdrücklich vorbehalten.

3 Wehler 2008, S. 53–60.

4 Laquer 1985, S. 271.

genüber den Erwartungen der Nachkriegszeit⁵ eine überwältigende Überraschung dar.⁶ Allerdings handelte es sich dabei um einen einmaligen Sonderfall in der deutschen Wirtschaftsgeschichte, der nur aus den spezifischen Bedingungen der weitgehend zusammengebrochenen Wirtschaft der Nachkriegszeit zu erklären ist.⁷ Deshalb scheint die Plausibilität dieses wundersamen Aufstiegs Deutschlands aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs zu einer prosperierenden Industriegesellschaft innerhalb von weniger als drei Jahrzehnten darin zu liegen, dass damit die Rückkehr auf einen durch die Entwicklung des Produktionspotentials vorgegebenen langfristigen, „normalen“ Wachstumspfad gelang.⁸

Als wichtigste Angebotsbedingungen für einen Wirtschaftsaufschwung⁹ in Westdeutschland lassen sich anführen: *erstens* ein trotz aller Kriegszerstörungen weitgehend intakter Kapitalstock, *zweitens* eine große Zahl unbeschäftigter und gut ausgebildeter Arbeitskräfte,¹⁰ *drittens* die Schaffung einer stabilen Währung und *viertens* gewiss auch die Begründung eines liberal geprägten Wirtschaftssystems im Rahmen einer Sozialen Marktwirtschaft.¹¹ Das Ergebnis dieser Konstellation zeigte sich in einem bemerkenswerten Wachstum der Volkswirtschaft mit steigenden Investitionen, wachsenden Realeinkommen, dem Verschwinden der Arbeitslosigkeit, einem gravierenden Strukturwandel zu einer modernen Industrielandschaft und einer Rückkehr der deutschen Industrie auf die Weltmärkte.¹² In der frühen Bundesrepublik entstand so eine Massenkonsumgesellschaft, in der „Wohlstand für alle“¹³ kein bloßes Versprechen blieb.¹⁴ Seinen augenfälligsten Ausdruck fand der neue Kaufrausch in den verschiedenen Konsumwellen, wie sie zunächst als „Fresswelle“, später dann als „Kleidungswelle“, „Einrichtungswelle“ und „Urlaubswelle“ über die bundesdeutsche Gesellschaft hinwegbrausten und damit dem Nachholbedarf der leidgeprüften Bevölkerung gerecht werden konnten.

5 Noch Ende der 1940er Jahre schien in der deutschen Bevölkerung „der Glaube an den Fortschritt verloren“, so Stolper 1949, S. 14.

6 Radkau 2017, S. 41.

7 Dazu auch Wolfrum 2005, S. 115–130 und Thränhardt 1996, S. 76 f. Mit Blick auch auf die übrigen Industriestaaten Winkler 2014, S. 184–187.

8 Zu alternativen Erklärungen vgl. Lindlar 1997, S. 42–104.

9 Giersch 1971, S. 11–54. Er nennt als begünstigende Faktoren eine positive Produktionsstruktur, ein elastisches Arbeitsangebot, marktkonform handelnde Gewerkschaften, eine hohe Gewinn- und Investitionsquote, steuerliche Investitionsanreize, eine hohe Kapitalproduktivität und einen durch die Offenheit der Volkswirtschaft bedingten hohen außenwirtschaftlichen Wettbewerbsdruck.

10 Das belegt insbesondere Abelshauser 1975, S. 114–130.

11 Umfassend dazu Abelshauser 2004, Kap. II. Auf die bedeutende Rolle der Ordnungspolitik verweisen auch Giersch/Paqué/Schmieding 1992, S. 270 f.

12 Knapp dazu Wehler 2008, S. 54–56.

13 Erhard (1957) machte diesen Slogan zum politischen Programm.

14 Wildt 1994; Haunstein 2007 und König 2008.

5.2 Die Arbeit im Institut

Auch das RWI kommt in einem frühen Gutachten Anfang der 1950er Jahre bereits zu einer optimistischen Einschätzung hinsichtlich der Lage der deutschen Wirtschaft: „Die Expansion von Produktion und Beschäftigung in Westdeutschland hat bis in die jüngste Zeit angehalten.“¹⁵ Die Engpässe in der Grundstoff- und Kreditversorgung äußerten sich allenfalls in der Verlangsamung des Expansionstempos. Insbesondere die Verknappung in der Kohleversorgung gab Anlass zur Sorge und begrenzte die Produktion in denjenigen Sektoren, die in hohem Maße von Kohle abhängig waren. Als wesentliche Ursache für die unzureichende Versorgung wird die durch politische Faktoren bedingte Zurückhaltung von Investitionen im Steinkohlenbergbau angesehen. Die Westdeutschland auferlegten Kohlenexporte verschärften zudem die Kohlenkrise und trugen wegen des Kohlenmangels neben den Kapazitätsbegrenzungen auch zum Engpass in der inländischen Eisen- und Stahlproduktion bei. Was die Beschäftigungslage anbetraf, so musste man weiterhin bundesweit von einer Arbeitslosenzahl von deutlich über 1 Mio. Personen für 1951 ausgehen, was einer Arbeitslosenquote von 7 bis 8 Prozent entsprach.¹⁶

Als Achillesferse der westdeutschen Wirtschaft erwies sich hingegen die Zahlungsbilanz: Unzureichende Exporterlöse hatten eine Zahlungsbilanzkrise verursacht und die Bundesregierung bereits Anfang Februar 1951 gezwungen, die Ausgabe von Einfuhrlizenzen zunächst zu stoppen und dann nur noch sehr begrenzte Einfuhren zuzulassen. Entsprechend war die deutsche Einfuhr aus dem Raum der Europäischen Zahlungsunion (EZU) seit April stark gesunken. Aufgrund dieser Maßnahmen erzielte Westdeutschland im Frühjahr 1951 erstmals seit dem Krieg wieder einen Außenwirtschaftsüberschuss und konnte damit die aktuelle Zahlungsbilanzkrise überwinden. Diese positive Entwicklung in der Handelsbilanz, wie sie für die Bundesrepublik im Weiteren scheinbar zu erwarten war, galt aber nur in eingeschränktem Maße für das Land Nordrhein-Westfalen.

Dem RWI erschien allgemein die Entwicklung des Exports als ein „Symptom für die Beurteilung der Wirtschaftslage des betreffenden Raumes“,¹⁷ wie es in einer Untersuchung von 1954 heißt. Darin konstatierte man bereits für den Beginn der 1950er Jahre ein „Zurückbleiben der Exportentwicklung“ Nordrhein-Westfalens gegenüber

15 RWI 121/44: Die Lage der westdeutschen Wirtschaft Mitte 1951, Essen 1951. Dies, obwohl bereits Versorgungsprobleme bei den Grundstoffen, Restriktionen in der Kreditversorgung und Einfuhrbegrenzungen merkbar wurden.

16 Mitte Januar 1951 hatte diese Zahl noch 1,911 Mio. Personen betragen und war bis Mitte Juni auf 1,359 Mio. zurückgegangen. Auch für den Spätsommer 1951 wurde nicht erwartet, dass diese Zahl unter 1,2 Mio. sinken würde.

17 RWI 121/46: Die sinkende Export-„quote“ Nordrhein-Westfalens im Vergleich zur gesamten westdeutschen Ausfuhr – ihre Ursachen und Möglichkeiten der Überwindung, Essen 1954. Damit knüpft das RWI implizit an Überlegungen im Zusammenhang mit der „Export-Basis-Theorie“ an, wie sie seinerzeit in den USA entwickelt wurde: North 1955 und Williamson 1965. Und allgemein: Fremdling/Pierenkemper/Tilly 1969.

dem Auslandsabsatz anderer Bundesländer und wies auf die Folgen dieses Zurückbleibens für die regionale Einkommensentwicklung hin.¹⁸ Denn schon damals blieb das Wachstum der regionalen Exporte deutlich hinter dem anderer Bundesländer zurück: Zwischen 1950 und 1953 wuchsen die Exporte der übrigen Bundesländer um immerhin 159 Prozent, während diese in NRW lediglich um 86 Prozent zunahmen. Dieses Zurückfallen beruhte im Wesentlichen auf einem zögerlichen Wachstum der Halb- und Fertigwaren, während bei Rohstoffen, insbesondere bei Kohlen, aber auch bei Stahl, sogar eine Steigerung zu verzeichnen war. Diese alarmierende Entwicklung, welche die auf Roh- und Halbfabrikaten basierende Exportstruktur NRWs immer mehr der eines Entwicklungslandes annäherte, wurde aber noch nicht recht ernst genommen.

Dem RWI schien sie nicht als ein „Ausdruck einer ins Gewicht fallenden Beeinträchtigung der nordrhein-westfälischen Wirtschaftsentwicklung“.¹⁹ Vielmehr glaubte man darin die Wirkung einiger Sonderentwicklungen erkennen zu können, nämlich solche der alliierten Politik, von Sonderbewegungen auf einzelnen Auslandsmärkten und der allgemeinen Konjunkturentwicklung, einer Entwicklung, die sich „zugunsten Nordrhein-Westfalens umkehren könne“. Aber es wurde zugleich zu bedenken gegeben, dass „strukturelle Gründe“ einer besonderen Beachtung bedürften, denn solche des Kohlenbergbaus könnten die Wirtschaftstätigkeit in NRW durchaus beeinträchtigen. Die Schlussfolgerung aus der noch wenig dramatischen Problemanalyse lautete: „So ist auch der relative Rückgang der Exportmöglichkeiten Nordrhein-Westfalens in dem hier festgestellten Ausmaß solange weniger bedenklich, solange gleichzeitig der Gesamtumsatz der gewerblichen Wirtschaft Nordrhein-Westfalens schneller steigt als derjenige der Industriezweige außerhalb Nordrhein-Westfalens.“

Diese optimistische Sicht auf die zukünftige Entwicklung der Montanindustrie an der Ruhr wurde gestützt durch Prognosen zur Entwicklung des Verbrauchs von Kohle und Stahl und in mehreren vertraulichen, nicht zur Veröffentlichung vorgesehenen Gutachten des RWI deutlich. So ging man von einer merklichen Steigerung der Nachfrage nach Hausbrand durch die privaten Haushalte aus²⁰ und auch der Stahl-

18 Der Anteil der Exporte aus NRW an den Exporten Westdeutschlands war von 1950 bis 1953 von 51,3 Prozent auf 43,1 Prozent gesunken und bei den gewerblichen Gütern von 52,4 Prozent auf 43,9 Prozent. RWI 121/46: Die sinkende Export-„quote“ Nordrhein-Westfalens im Vergleich zur gesamten westdeutschen Ausfuhr – ihre Ursachen und Möglichkeiten der Überwindung, Essen 1954, S. 2.

19 Ebda., S. 28.

20 RWI 121/47: Die voraussichtliche Entwicklung des Kohlenverbrauchs für Hausbrandzwecke in den Ländern der Montanunion bis 1961, Essen 1953, S. 36. Dabei bezieht sich das RWI auf einen Bericht der Hohen Behörde der Montanunion (in französischer Sprache) vom 6.12.1952. Allerdings wird auf die bedingte Gültigkeit dieser Prognose hingewiesen und auf die Notwendigkeit, bei Veränderungen in den Annahmen laufende Korrekturen der Absatzerwartungen vorzunehmen. Bereits 1957 zeigte sich, dass derartige Korrekturen dringend nötig wurden: RWI 121/50: Untersuchungen über den Anteil der Ruhrkohlen an den Steinkohlenbezügen wichtiger Verbraucher im Inland und Ausland, Essen 1957. Die Anteile zwischen 1951 und 1956 waren nämlich deutlich gesunken und der Umschlag von einem Verkäufer- zum Käufermarkt für Kohlen unübersehbar.

verbrauch²¹ werde voraussichtlich deutlich weiter ansteigen. Im Ergebnis wurde für den privaten Kohleverbrauch eine Steigerung von 52,9 (1951/52) Steinkohleeinheiten (SKE) auf 58 SKE bis 1961 prognostiziert, wie auch ein Wachstum der deutschen Stahlproduktion von 13 Mio. Tonnen (1951/52) bis 1961 auf 17,1 bis 18,5 Mio. Tonnen Stahl erwartet wurde.

Aufgrund sinkender Rohstoffpreise und einer schwindenden Nachfrage am Binnenmarkt ließ der Preisauftrieb Anfang der 1950er Jahre ebenfalls deutlich nach, was sich in relativ stabilen Verbraucherpreisen und Lebenshaltungskosten niederschlug. Für die kommenden Monate wurde seitens des RWI deshalb mit einer weiteren Expansion der deutschen Wirtschaft gerechnet. Doch damit trat wiederum eine andere Sorge hervor, denn durch die Erfahrungen der Vergangenheit bestand in der deutschen Bevölkerung weiterhin eine große Furcht vor einer Inflation.²² „Diese Entwicklungen können aber sehr leicht nach der anderen Richtung umschlagen, wenn sich in der Welt wieder stärker inflatorische Kräfte durchsetzen.“²³ Dies wurde z. B. thematisiert, als Mitte der 1950er Jahre deutlich steigende Kohlepreise anstanden.²⁴ Diese Erhöhung, und zwar „eine verhältnismäßig kräftige“, schien allen Beteiligten insgesamt mehr als berechtigt.²⁵ Dafür sprachen drastische Lohnsteigerungen, die die Kosten-Erlös-Reaktion verschoben hatten, ebenso wie die hohen Investitionsbedürfnisse des Steinkohlenbergbaus sowie der bis dahin gebundene Kohlepreis, der das Angebot begrenzt und zu teureren Kohlenimporten Anlass gegeben habe. Dem entgegen standen konjunkturelle Bedenken, insbesondere die Furcht vor einer drohenden Inflation. Doch die Berechnungen des RWI signalisierten Entwarnung, denn eine Erhöhung des Kohlepreises um 5 Prozent würde das allgemeine Preisniveau allenfalls um 0,15 bis 0,20 Prozent anheben, eine solche um 10 Prozent maximal um 0,31 bis 0,40 Prozent, sofern nicht weitere Kostensteigerungen hinzuträten und die Kohlenverbraucher ihre Preise linear den Kohlepreisen anpassten.²⁶

Ein besonderes Interesse des RWI richtete sich also auf die Entwicklung der regionalen Wirtschaft, die an der Ruhr wesentlich vom Gedeihen des Steinkohlenbergbaus abhängig war. Hier ließ sich im Sommer 1951 noch hoffnungsfroh festhal-

21 RWI 121/48: Die voraussichtliche Entwicklung des inländischen Stahlverbrauchs in Westdeutschland (Vorläufiger Bericht), Essen 1953. Auch hier bildete eine Publikation der Hohen Behörde der Montanunion (Die Entwicklung des Kohle- und Stahlmarktes auf lange Sicht, 1953) die Grundlage der Berechnungen.

22 Zu diesem Trauma aus zeitgenössischer Sicht: Hielscher 1968 und Muthesius 1973. Allgemein dazu Borchardt 1982a und Pierenkemper 1998.

23 RWI 121/44: Die Lage der westdeutschen Wirtschaft Mitte 1951, Essen 1951, S. 13.

24 RWI 121/49: Die Wirkung einer Erhöhung der Preise für Steinkohlen auf das allgemeine Preisniveau (zweite, erweiterte Fassung), Essen 1956.

25 Dazu auch Nonn 2001.

26 RWI 121/49: Die Wirkung einer Erhöhung der Preise für Steinkohlen auf das allgemeine Preisniveau (zweite, erweiterte Fassung), Essen 1956, S. 38f. Diese Annahmen erscheinen aber doch recht optimistisch, sodass der erwartete Inflationsschub durch eine Erhöhung der Kohlepreise wohl höher anzusetzen gewesen wäre.

ten: „Die Steinkohlenversorgung Westdeutschlands hat sich in den vergangenen Monaten im ganzen günstiger gestaltet und die den Wirtschaftsablauf hemmenden Einflüsse, die von der Kohlenknappheit ausgingen, sind geringer gewesen, als es zu Beginn des Winters 1950/51 zu befürchten war.“²⁷ Als Ursachen des Kohlenmangels wurde eine Reihe von Gründen angeführt. Dazu zählte neben dem generell zu geringen Kohlepreis die Investitionszurückhaltung wegen der noch immer ungeklärten Eigentumsfragen der Bergbauunternehmen. Auch die stark ausgeprägte Saisonabhängigkeit der Kohlennachfrage wurde genannt. Die staatliche Regulierung dieses Teilbereichs der Wirtschaft führte nach Auffassung des RWI zwangsläufig zu Funktionsstörungen der Marktwirtschaft und verhindere ein angemessenes Angebot an Kohlen. Damit war ein wichtiges Thema für die Arbeit des Instituts in den folgenden Dekaden vorgegeben.

5.2.1 Frühe Krisen

Trotz des ungewöhnlich dynamischen Wachstums, welches die deutsche Volkswirtschaft in den beiden Dekaden seit der Korea-Krise durchlaufen hatte und das von den Zeitgenossen als ein „Wirtschaftswunder“²⁸ wahrgenommen wurde, zeigten sich in Teilen der Wirtschaft bereits im Verlauf der 1950er Jahre auch erste Krisenerscheinungen.²⁹ Diese betrafen vor allem die traditionellen Leitsektoren der vorausgegangenen industriellen Revolution, nämlich die Textil- und Montanindustrie.³⁰ Die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung in den modernen Volkswirtschaften hatte sich im 20. Jahrhundert auf neue Wirtschaftssektoren verlagert, die nunmehr zum Motor des Wirtschaftswachstums geworden waren und die in ihrer Expansion die traditionellen Industriesektoren hinter sich ließen.³¹ Für das Land Nordrhein-Westfalen äußerte sich der industrielle Strukturwandel zunächst vor allem in den Problemen der Textilindustrie und des Steinkohlenbergbaus, wenig später wurde auch die Eisen- und Stahlindustrie zu einer Problembranche. Das Essener RWI fand sich inmitten strukturell betroffener Industrieregionen und konnte daher einer Beobachtung und Analyse des Strukturwandels der nordrhein-westfälischen Industrie kaum ausweichen.

Kohlenkrise

Die wissenschaftliche Arbeit des Instituts der Fünfziger- und Sechzigerjahre wurde deshalb ganz wesentlich auch durch den drohenden Niedergang der Montanindustrie

²⁷ RWI 121/43: Wachsende Spannungen in der Kohlenversorgung – Kurzfassung (28.6.1951).

²⁸ Kritisch dazu Lindlar 1997.

²⁹ Ausführlich dazu Abelshauser 2006, insb. S. 275 – 314.

³⁰ Pierenkemper 2016.

³¹ Zu dieser Perspektive Pierenkemper et al. 2016.

an der Ruhr geprägt.³² Entscheidend für die gravierenden Probleme des dortigen Steinkohlenbergbaus und später, mit einiger zeitlicher Verzögerung, auch der dort ansässigen Stahlindustrie war die einseitige und politisch motivierte Förderung der Montanindustrie nach dem Zweiten Weltkrieg, zunächst durch die Alliierten, dann auch durch die neue Bundesregierung.³³ Unter den Zwängen der Nachkriegswirtschaft war in Westdeutschland sehr rasch die Wiederherstellung einer alt-industriellen Sektoralstruktur erfolgt, die sich im Nachhinein als wesentliche Ursache für den krisenhaft verlaufenden Strukturwandel seit dem Ende der 1950er Jahre erweisen sollte.³⁴ Der Steinkohlenbergbau an der Ruhr entwickelte sich danach sehr schnell zu einer gravierenden „Strukturlast“ für die wirtschaftliche Entwicklung im Lande Nordrhein-Westfalen. Die aufziehende Krise des Bergbaus überschattete somit bereits die Endphase des vielfach gefeierten deutschen „Wirtschaftswunders“.³⁵

Für einen kundigen Beobachter war der säkulare Niedergang des deutschen Steinkohlen- und Erzbergbaus bereits in den 1920er Jahren kaum mehr zu übersehen. Sinkende Weltmarktpreise für Kohlen und Erze sowie eine wachsende Substitutionskonkurrenz durch alternative Energieträger waren dafür verantwortlich.³⁶ Allein die Autarkiepolitik während der NS-Zeit und die spezifische Mangelsituation in Deutschland am Ende des Zweiten Weltkriegs vermochten diesen Sachverhalt zunächst zu überdecken. Doch selbst während der außerordentlichen Kohlenknappheit in der unmittelbaren Nachkriegszeit verloren die Experten die Problematik einer latenten Absatzkrise nicht gänzlich aus den Augen und schwenkten von einer zunächst als unbedingt notwendig angesehenen Steigerung der Steinkohlenförderung an der Ruhr sehr bald zu einer skeptischeren Einschätzung der mittelfristigen Entwicklungschancen der Steinkohlenindustrie.³⁷ Dies wurde von den Verantwortlichen des Ruhrbergbaus aber nicht eingesehen, obwohl sie mit den entscheidenden Entwicklungen, nämlich der Überwindung der Kohlenknappheit insgesamt und der wachsenden Konkurrenz ausländischer Steinkohle sowie auch der neuen Energieträger (Erdöl, Atomkraft) bestens vertraut waren. Sie beharrten noch 1954 auf dem Standpunkt, ein wachsender Energiesektor bleibe auf Steinkohlen angewiesen, und be-

³² Knapp dazu: Burghardt 1993, S. 78–83.

³³ Eine Politisierung der Förderung des Steinkohlenbergbaus lässt sich bereits viel früher konstatieren. Vgl. dazu Nonn 2001, S. 25: „In Deutschland war der Bergbau spätestens seit den dreißiger Jahren für ‚nationale‘ Zwecke instrumentalisiert worden.“

³⁴ Goch 2004b, S. 20.

³⁵ Abelshauser 1984, S. 9. Zu den strukturellen Ursachen der Kohlenkrise: S. 171–176.

³⁶ Ziegler 2013, S. 11.

³⁷ RWI Mitteilungen, 1. Jg., H. 1 (Mai 1950), S. 1–6: Wendepunkt im Steinkohlenbergbau: Vom „Verkäufermarkt“ zum „Käufermarkt“. Zahlreiche weitere Arbeiten des RWI beschäftigten sich seit Mitte der 1950er Jahre bereits mit dieser Problematik. Vgl.: RWI Schriften, Nr. 003: o.V., Organisation des Kohleabsatzes in den Vereinigten Staaten und Westeuropa, Essen 1952 und RWI Schriften, Nr. 005: Wiel, Paul, Untersuchungen zu den Kosten- und Marktproblemen der westdeutschen Kohlenwirtschaft, Essen 1953.

haupteten weiterhin, dass „die wirtschaftliche Bedeutung des Steinkohlenbergbaus nicht abnehmen, sondern weiterhin wachsen wird“.³⁸

Die Jahre 1956/57 hatten den Ruhrkohlenbergbau ja auch zunächst noch auf der Höhe seiner Entwicklung gesehen³⁹ und die Experten schienen darin einig, dass der Ruhrkohlenbergbau seine einzigartige Bedeutung für die Energieversorgung der deutschen Wirtschaft behalten werde.⁴⁰ Vorausgegangen waren vielfältige Eingriffe in den Kohlenmarkt, die einerseits eine Steigerung der Förderung zum Ziele hatten, andererseits aber zugleich verhindern sollten, dass die Kohlepreise übermäßig stiegen. Doch schon bald wurde eine dramatische und völlig unerwartete Wende in den Nachfragebedingungen für Kohle offenbar. Die Liberalisierung des bundesdeutschen Kohlemarktes hatte die Zechen dazu veranlasst, den Kohlepreis deutlich nach oben zu setzen,⁴¹ was die Preisschere zwischen der Ruhrkohle und der US-Importkohle, die wegen sinkender Frachtraten immer wettbewerbsfähiger wurde, und insbesondere aber zum ständig preisgünstiger werdenden Erdöl dramatisch weitete.⁴² Dieser „Erd-rutsch“ auf dem Energiemarkt traf die Ruhrkohlenindustrie völlig unvorbereitet.⁴³ Den Unternehmern der Kohlenindustrie wurde jedoch sehr schnell klar, dass eine neue Strategie zu entwickeln sei. Die „Kohlenkrise“ habe strukturelle Ursachen und die Ruhrkohlenindustrie sei international kaum wettbewerbsfähig. Allein eine wirtschaftspolitische Unterstützung biete einen Ausweg.⁴⁴ Zwar wäre auch auf der Ebene der EGKS eine derartige Unterstützung möglich gewesen, doch der Ministerrat hatte auf seiner Sitzung am 14. Mai 1950 seine Zustimmung verweigert, sodass nun ein nationales Krisenmanagement nötig wurde.⁴⁵

Derartige Maßnahmen waren im besonders betroffenen Belgien bereits im Frühjahr 1958 ergriffen und dort die Kohleneinfuhr aus den USA durch eine Lizenzierung begrenzt worden.⁴⁶ Auch in Deutschland wurden Maßnahmen zur Unterstützung des Steinkohlenbergbaus erwogen. Eine Vereinbarung zwischen der Kohlen- und Mine-

³⁸ Springorum 1954, Zitat S. 15.

³⁹ Auch das RWI nahm mit einer Arbeit „Bedeutung des Kohlenbergbaus für die Wirtschaft des Ruhrbezirks“, die auf Anregung des Unternehmensverbands Ruhrkohlenbergbau verfasst worden war, an der Verbreitung einer positiven Sicht auf die Entwicklung des Ruhrkohlenbergbaus teil. Mit dieser Schrift sollte vor allem „ein breites, nicht wissenschaftlich geschultes Publikum“ angesprochen werden. RWWA 28–72–3, IHK Essen: Arbeitsbericht 1954, S. 3f.

⁴⁰ Abelshauser 1984, S. 86.

⁴¹ Zu den Umständen der Preiserhöhung ausführlich Nonn 2001, S. 51–62.

⁴² Vgl. auch Röndigs (2000, S. 339) zur Preiserhöhung im Ruhrbergbau im Herbst 1956 und erneut im Herbst 1957. Der Preis für schweres Heizöl sank zwischen 1957 und 1960 von 142 DM auf 60 DM, der für leichtes Heizöl von 242 DM auf 125 DM, während die Kohlepreise um jährlich 7 bis 8 Prozent stiegen. Vgl. dazu Abelshauser 1984, S. 89f. Die Frachtraten aus den USA verminderten sich von 61,06 DM auf 14,85 DM pro Tonne und der Preisvorteil der US-Kohle machte bald 20 Prozent aus.

⁴³ Reintges 1989, S. 71.

⁴⁴ Zu den konzeptionellen Überlegungen ebda., S. 76–87.

⁴⁵ Knipping 2004, S. 121. Auf der Grundlage des Art. 58 EGKS-Vertrag wäre es erlaubt gewesen, Erzeugungsquoten einzuführen. Ausführlich zur Politik der Montanunion: Röndigs 2000, S. 340–379.

⁴⁶ Röndigs 2000, S. 344.

ralölindustrie zur Begrenzung des Imports von Mineralöl wurde getroffen, eine Heizölsteuer und schließlich im Februar 1959 auch ein Kohlenzoll eingeführt.⁴⁷ Eine Subventionierung der deutschen Steinkohlen lehnte die Bundesregierung noch grundsätzlich ab. Doch wegen der Veränderungen auf den Weltenergiemärkten stand die Ruhrkohle längst auf verlorenem Posten.⁴⁸ Das wollten aber weder die Kohlenunternehmen an der Ruhr noch die IG Bergbau als Vertretung der Bergarbeiter noch die Kommunen des Ruhrgebiets noch die Regierung des Landes NRW ohne Weiteres wahrhaben. Anfang der 1960er Jahre lag der Energieverbrauch von Steinkohlen in der Bundesrepublik Deutschland noch bei ca. 90 Mio. Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE), während gerade einmal gut 10 Mio. Tonnen SKE Heizöl verwendet wurden. Nur zehn Jahre später war zwischen den beiden Energieträgern bei jeweils etwa 70 Mio. SKE ein ungefähre Gleichstand erreicht, mit einer deutlichen Tendenz zu einem wachsenden Heizölverbrauch und einem verminderten Konsum von Steinkohlen.⁴⁹

Für die Beschäftigten des Ruhrbergbaus und die Bevölkerung des Ruhrgebiets waren die Strukturveränderungen im Energieverbrauch mit drohenden Beschäftigungs- und Einkommenseinbußen verbunden.⁵⁰ Sie schlugen sich zunächst lediglich in Fördereinschränkungen und Feierschichten nieder, machten sich aber bereits in vermindertem Einkommen der Betroffenen und in ungünstigen Einzelhandelsumsätzen bemerkbar.⁵¹ Da allerdings die Expansion in den übrigen Wirtschaftsbereichen an der Ruhr diese Beeinträchtigung noch nicht in der Gesamtentwicklung sichtbar werden ließ, schienen den Verantwortlichen die Verhältnisse noch wenig beunruhigend. Anders hingegen die Gewerkschaften, deren Mitglieder von den Folgen der Feierschichten und ersten Zechenstilllegungen sehr bald unmittelbar betroffen und frühzeitig alarmiert waren.⁵²

Den Bergbauunternehmern fiel es wesentlich schwerer, den Ernst der Lage zu erkennen und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Für die Unternehmerseite galt: „Neben der Einsicht in den wahren Charakter der Krise fehlten aber auch die organisatorischen Voraussetzungen für eine schlagkräftige Interessenvertretung der Bergbauwirtschaft.“⁵³ Wegen der unterschiedlichen Produktivitäten der Ruhrzechen waren bereits sehr bald einzelne Zechen in ihrer nackten Existenz bedroht, während andere mit günstigen Abbauverhältnissen und/oder im Konzernverbund noch ohne

47 Ebda., S. 356–360.

48 Stokes 1994.

49 Abelshauser 1984, S. 93.

50 RWI 121/53: Dr. Werner Braun und Dipl.-VW B. Filusch, Die Wirkungen des Beschäftigungsrückganges im Steinkohlenbergbau auf Einkommen und Verbrauch im Ruhrgebiet, Essen 1959.

51 Ebda. Immerhin verminderte sich die Beschäftigung im Ruhrbergbau bereits von Dezember 1957 bis zum Juni 1959 um etwa 40.000 Personen (S. 5–7) und der Lohnausfall durch Feierschichten betrug im Jahr 1958 ca. 62 Mio. DM und im ersten Halbjahr 1959 bereits 58 Mio. DM (S. 4f.).

52 Ausführlich zur Rolle der Gewerkschaften in der Kohlenkrise: Lauschke 1984. Die Gewerkschaften forderten schon sehr früh einen Zusammenschluss der Zechen in einer Einheitsgesellschaft und die Überführung des Bergbaus in Gemeineigentum. So z. B. Guthermuth 1981.

53 Abelshauser 1984, S. 95.

gravierende Probleme weiter fördern konnten. Die Lageanalyse des Gesamtverbandes der Ruhrkohlenindustrie kam jedenfalls schließlich zu dem Schluss, dass die deutsche Steinkohle wegen ihrer hohen Gestehungskosten und ihrer hohen „Altlasten“ international kaum wettbewerbsfähig sei und eine geordnete Rückführung der Förderung und eine Stabilisierung des Absatzes, „bei mindestens ausgeglichener Ertragslage“ – so die unternehmerische Prämisse –, ohne staatliche Hilfe kaum möglich erscheine.⁵⁴

Die Hochkonjunktur zu Beginn der 1960er Jahre verschaffte dem deutschen Steinkohlenbergbau nochmals eine kurze Atempause, denn die Kohlenhalden bauten sich im Jahr 1960 um 6 Mio. Tonnen ab und der Druck der Importkohle minderte sich ebenfalls. Deshalb ließ sich Bundeswirtschaftsminister Erhard noch 1962 dazu verleiten, eine Absatzgarantie für Steinkohlen im Umfang von 140 Mio. Jahrestonnen auszusprechen.⁵⁵ Diese Zusage war aber nicht zu halten, denn schon bald konnte die laufende Förderung nicht mehr abgesetzt werden und die Halden wuchsen erneut. Ein Sieben-Punkte-Programm der Bundesregierung sollte Abhilfe schaffen und als Vehikel der Umsetzung des Planes wurde ein Rationalisierungsverband gegründet, dem Mittel in Milliardenhöhe zur Verfügung gestellt wurden. Die Politik konnte allerdings nicht ordnend in den Rationalisierungsprozess eingreifen. Im Ergebnis wurden Zechen stillgelegt und Arbeitsplätze abgebaut, ohne dass die Bergbauunternehmen finanziell unter Druck gesetzt wurden und so gezwungen gewesen wären, Zechengelände für Neuansiedlungen zu verkaufen.

Die Unternehmen etablierten vielmehr quasi eine „Bodensperre“, um sich gegenüber unerwünschter Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zu schützen und behinderten auf diese Weise einen zukunftssträchtigen Strukturwandel im Revier.⁵⁶ Mit der Gründung eines Zweigwerks der Adam Opel AG in Bochum 1960 gelang es jedoch, die Bodensperre der Zechenunternehmen erstmals zu durchbrechen.⁵⁷ Doch dieses Projekt muss als ein „politisch motivierter Sonderfall“ bezeichnet werden und bildet deshalb eher die Ausnahme von der Regel einer restriktiven Bodenpolitik gegenüber einer Industrieansiedlung im Ruhrrevier während der 1960er Jahre. Dort hatten Demonstrationen von Bergleuten in Bochum und das Engagement zahlreicher Bürger sowie Kirchenvertreter dazu geführt, die zögerliche Haltung der Landesregierung, die den Strukturwandel an der Ruhr eher den Marktkräften überlassen wollte, zu ändern.

Bezeichnender für das Verhalten von Bund, Land und Unternehmen an der Ruhr blieb vielmehr das Beispiel Ford als „Regelfall“ des normalen Verhaltens. Ende 1959 wandte sich nämlich auch der Ford-Konzern an die Landesregierung NRW mit der Überlegung, ein neues Automobilwerk in NRW zu errichten. Als Standort wurde zunächst Herten im nördlichen Ruhrgebiet ins Auge gefasst. Während die betroffenen Kommunen ein hohes Interesse an einer solchen Ansiedlung signalisierten, sprachen

⁵⁴ Reintges 1989, S. 76–87.

⁵⁵ Först 1990, S. 165 und S. 351.

⁵⁶ Nonn 2001, S. 220–225.

⁵⁷ Nonn 2004, S. 91–96.

sich die Zechengesellschaften vor Ort dagegen aus, weil sie die Abwerbung von Arbeitskräften für das geplante Werk fürchteten und sie ebenso in Sorge waren, für mögliche Bergschäden haftbar gemacht zu werden. Sie gründeten daraufhin eine Aktionsgemeinschaft, die Teile des Geländes aufkaufte und so dort die Ansiedlung von Ford verhinderte.

Eine derartige „Kriegserklärung des Bergbaus gegen die Ansiedlung jeglicher Industrie“⁵⁸ bildete ein starkes Signal und wurde im gesamten Revier vernommen, wo die Zechenunternehmen immerhin 36 Prozent allen Bodens besaßen. Die Bodensperre der Zechenherren schien allerdings nicht unüberwindbar, sondern stellte sich vor allem als eine Frage des Preises dar. Das Land sollte nicht nur nach dem Willen der Zechenbesitzer den Kaufpreis von Grund und Boden für das Automobilwerk durch Subventionen unterstützen, sondern darüber hinaus die Zechen von den Risiken der Bergschäden freistellen. Dies lehnte die Landesregierung ab, zumal diese immer noch der Meinung war, eine Zusammenballung von Menschen sei keinesfalls auch noch aus Staatsmitteln zu fördern. Seitens der Bundesregierung wurde Ford allen Ernstes ein Standort in der Eifel, im Emsland oder im Hunsrück empfohlen. Auch eine Ansiedlung des Autowerkes in Hamm wurde von der Landesregierung nicht unterstützt, sodass Ford das Werk schließlich im belgischen Genk errichtete.

Der „Rationalisierungsverband des Steinkohlenbergbaus“⁵⁹ zögerte hingegen nicht, zum Stichtag 31. Oktober 1964 31 Großzechen und 20 Kleinzechen mit einer Förderkapazität von insgesamt 26 Mio. Tonnen Steinkohle zur Stilllegung anzumelden.⁶⁰ Insgesamt waren bis dahin bereits etwa 53.000 Arbeitsplätze im Ruhrrevier verlorengegangen und nunmehr drohte ein weiterer dramatischer Abbau. Damit hatten sich die schlimmsten Befürchtungen für den regionalen Arbeitsmarkt bewahrheitet. Die Sprengkraft der Entwicklung drohte die gesamte Region zu erschüttern und den sozialen Frieden zu zerstören. Die Forderung nach einer sozialen Absicherung der Bergarbeiter rückte sehr schnell auf die politische Agenda und wurde durch machtvolle Demonstrationen in den Städten des Reviers und mit einem „Marsch auf Bonn“ am 26. September 1959 unterstrichen. Es entstand ein immer dichteres Netz von sozialen Sicherungsmaßnahmen für Bergleute, finanziert aus Mitteln des Bundes, des Landes NRW und der Montanunion, die 1959 mit einem Betrag von 1,5 Mio. DM einsetzten, sehr schnell aber jährlich mehr als 10 Mio. DM umfassten, auf dem Höhepunkt der Krise (1968) knapp 50 Mio. DM betrugen und sich insgesamt auf weit über 300 Mio. DM beliefen.⁶¹

Bis zur Mitte der 1960er Jahre vollzog sich der Niedergang des deutschen Steinkohlenbergbaus noch im Rahmen außerordentlich hoher Wachstumsraten der Gesamtwirtschaft, was den Anpassungsprozess entscheidend erleichterte. Gleichwohl

⁵⁸ Ebda., S. 94.

⁵⁹ Reintges 1989, S. 127–140.

⁶⁰ Abelshauser 1984, S. 108. Bis dahin waren bereits seit Beginn der Kohlenkrise 1957/58 an der Ruhr 27 Großzechen mit einer Förderleistung von 14 Mio. Tonnen jährlich stillgelegt worden.

⁶¹ Abelshauser 1984, S. 115, Tabelle 22.

hatten die Bergleute Reallohnverluste hinzunehmen, was nicht zuletzt auch der zuvor praktizierten Hochlohnpolitik des Bergbaus geschuldet war. Bei einem Arbeitskostenanteil im Bergbau von 50 bis 60 Prozent spielte die Höhe der Lohnkosten für die Rentabilität und die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe eine große Rolle. Doch die spezifischen Bedingungen der Montanmitbestimmung machten Unternehmer und Bergleute, bzw. als deren Vertreter den Unternehmensverband und die IG Bergbau, zu „Sozialpartnern“ und mit dem Segen der Landesregierung quasi zu Verbündeten, die später miteinander Verträge zu Lasten Dritter, der Verbraucher nämlich, schließen konnten. So wurde bereits 1959 die Fünftagewoche im Bergbau eingeführt, weil nur so die „anerkannte Vorrangstellung“ des Bergbaus gewahrt werden konnte.

Mitte der 1960er Jahre beschleunigte sich der unaufhaltsame Abstieg des Ruhrbergbaus. Auch der Rat des RWI war nun gefragt und das Institut wurde „an mehreren energiewirtschaftlichen Diskussionen im Wirtschaftsministerium über die Lösung der Krise im westdeutschen Steinkohlenbergbau beteiligt. Zur Vorbereitung dieser Gespräche wurden u. a. die Absatzentwicklung der Steinkohle bis 1971, namentlich die Entwicklung des Steinkohlenverbrauchs in Kraftwerken und in der eisenschaffenden Industrie, sowie der vermutliche Ausbau der Raffinierkapazität und das Aufkommen an Heizöl und Erdgas bis 1971 geschätzt.“⁶²

Nunmehr beanspruchte auch die IG Bergbau und Energie, wie die Gewerkschaft seit 1960 hieß, gleichberechtigt an der notwendigen Neuordnung des Bergbaus beteiligt zu werden. Damit rückte sie die Eigentumsfrage an den Zechenbetrieben in den Hintergrund und stellte zugleich die Frage der Sicherung der Arbeitsplätze in den Vordergrund. Erste Vorschläge zur Bildung einer Einheitsgesellschaft im Ruhrkohlenbergbau kamen aus Kreisen der deutschen Stahlindustrie und der Gewerkschaften.⁶³ Der Unternehmensverband Ruhrbergbau (UVR) stellte sich derartigen Plänen entgegen und schlug stattdessen vor, eine Auffanggesellschaft für die stillgelegten Bergwerke zu gründen, um auf diese Weise die betreffenden Werke mit öffentlichen Mitteln zu liquidieren. Die Bundesregierung, die bisher auf eine privatwirtschaftlich-marktwirtschaftliche Lösung der Krise gesetzt hatte, wurde so zu einer Revision ihrer Kohlepolitik gezwungen. Die bisherige Strategie war gescheitert und die 1966 neu gebildete Große Koalition setzte sich die Einrichtung einer Einheitsgesellschaft auf privatwirtschaftlicher Basis an der Ruhr zum Ziel. Auch in Düsseldorf war es zu einem Regierungswechsel gekommen und die CDU-geführte Regierung von Franz Meyers wurde durch eine Mitte-Links-Koalition unter der Führung von Heinz Kühn abgelöst. Damit war sowohl im Bund wie auch im Land der Einfluss der SPD und der mit ihr verbündeten Gewerkschaften deutlich gewachsen und eine gemeinwirtschaftlich orientierte Neuordnung des Ruhrbergbaus wurde möglich. Der Unternehmensverband Ruhrbergbau hatte seine Handlungsfähigkeit auch deshalb eingebüßt, weil sich die Gesamtvertretung der deutschen Industrie längst auf die Suche nach einer Krisen-

⁶² RWWA 427–23–11, Volks- und Betriebswirtschaftliche Vereinigung: Arbeitsbericht 1967, S. 6.

⁶³ Reintges 1989, S. 159–166.

strategie für den Ruhrbergbau begeben hatte und dabei den Unternehmensverband weitgehend übergang. Dessen Handlungsunfähigkeit wird durch den Bericht eines Teilnehmers an der außerordentlichen Mitgliederversammlung des UVR am 7. März 1967 deutlich: „Sie war kläglich wie immer. Jeder war für Stilllegungen, aber nicht bei sich, alle waren dafür, dass irgendjemand anderes hilft.“⁶⁴

Der neue Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller machte im Rahmen einer neuen Energiepolitik den geordneten Rückzug aus der Steinkohle zu seinem Anliegen. In einer ersten Runde der „Kohlegespräche“ wurde ein „Drei-Phasen-Programm zur Anpassung und Gesundung des deutschen Steinkohlenbergbaus“ beschlossen. Im Kohlegesetz vom 24. Mai 1967 wurde eine „geordnete Rückführung der Förderkapazität“ festgeschrieben. Die Vorgaben hinsichtlich der Schaffung optimaler Unternehmensgrößen galten als verbindlich und hätten bei Nichtbefolgung eine Kürzung bzw. den Wegfall sämtlicher Subventionen zur Folge. Der UVR hielt derartige Regelungen zwar „grundsätzlich für bedenklich und unzweckmäßig“ und favorisierte eine andere Lösung, mit der er aber nicht durchdringen konnte.⁶⁵

Im Rahmen der Planungen der neuen Einheitsgesellschaft warteten die Zecheneigentümer mit einem Einbringungsanspruch in Höhe von 2,1 Mrd. DM zuzüglich einer sechsprozentigen Verzinsung für die nächsten 20 Jahre im Wert von 3,7 Mrd. DM auf, der an die Altgesellschaften fließen sollte. Großkraftwerke, Wohnungen und Grundstücke sollten zudem bei ihnen verbleiben. Diese Forderungen an die öffentliche Hand schienen den Gewerkschaften wiederum unbegründet, zumal die Gründung der neuen Gesellschaft auch zu einer Einschränkung der Mitbestimmungsrechte führen sollte. Nach langwierigen Verhandlungen und einigen Kompromissen fanden sich 22 von 29 Unternehmen des Ruhrreviers mit etwa 80 Prozent der Förderkapazitäten der Steinkohlen im Herbst 1968 bereit, einer Vorlage des Bundeswirtschaftsministers einer Einheitsgesellschaft zuzustimmen, sodass es 1969 tatsächlich zur Gründung der Ruhrkohle AG kam. Für die Öffentlichkeit schien damit die bereits zehn Jahre währende Kohlenkrise abgeschlossen.⁶⁶ Bis dahin waren etwa 15 Mrd. DM öffentliche Hilfen in den deutschen Steinkohlenbergbau geflossen, etwa 10 Mrd. DM davon gelangten an die Ruhr. Doch die Rückführung der Steinkohlenförderung in Deutschland und die Konsolidierung der Ruhrkohle AG (RAG) erforderten weiterhin brisante Entscheidungen und beachtliche öffentliche Finanzmittel. Die schwache Finanzausstattung des Unternehmens sowie die Zinsen und Tilgung der Einbringungsforderungen der Altgesellschaften führten dazu, dass die RAG seit 1971 ständig kurz vor dem Konkurs stand.⁶⁷ Selbst ein Minimalprogramm zur Ergebnisverbesserung konnte 1975 nicht mehr aus eigenen Mitteln finanziert werden und das Unternehmen musste praktisch zulasten der öffentlichen Hand weitergeführt werden. Verschiedene Konsolidierungsrunden wurden nötig und selbst die Altgesellschaften sahen sich ge-

⁶⁴ Zitiert bei Abelshauser 1984, S. 124.

⁶⁵ Zu dieser m. E. ziemlich realitätsfernen Sicht vgl. Reintges 1989, S. 176 f.

⁶⁶ Zur Gründungsgeschichte der Ruhrkohle AG insgesamt: Abelshauser 1984, S. 139–148.

⁶⁷ Ebda., S. 154.

zwungen, auf einen Teil ihrer Einbringungsforderungen zu verzichten, weil die „Skelettierung“ des Ruhrbergbaus durch die Altgesellschaften der RAG die notwendige Basis entzog.⁶⁸ Die hohen Kosten für einen geordneten Anpassungsprozess der Steinkohlenförderung an die sinkende Nachfrage scheinen dennoch gerechtfertigt, denn dadurch blieb den Revieren an der Ruhr und an der Saar ein wirtschaftlicher und politischer Notstand erspart, der 1967 schon greifbar nah schien.⁶⁹

Der Niedergang des Ruhrkohlenbergbaus und die Strukturkrise des Ruhrreviers wurden von Beginn an auch durch die wissenschaftliche Arbeit des RWI begleitet. Schon sehr früh wurde seitens des Instituts darauf hingewiesen, dass die Wirtschaft des Landes an Dynamik verloren habe und dass die Sonderkonjunktur der Montanindustrie auf lange Sicht eher kontraproduktiv wirken werde, weil dadurch die „alte“ Industriestruktur verfestigt und neue Industrien in ihrer Entfaltung behindert würden.⁷⁰ Doch entgegen allen beobachtbaren Entwicklungstendenzen erschien dem RWI auch Mitte der 1970er Jahre eine „Stabilisierung des Förderniveaus“ im Steinkohlenbergbau in der Bundesrepublik bis zur Mitte der 1980er Jahre noch als eine realistische Option.⁷¹ Aus der gesamten deutschen Förderleistung sollten knapp 80 Mio. Tonnen Steinkohle auf das Ruhrrevier entfallen, wovon mehr als zwei Drittel in den Kraftwerken verbraucht oder ins Ausland exportiert werden sollten. Dennoch wären bis dahin weitere 39.000 Stellen im Bergbau entfallen. Auch die weiteren Absatzmöglichkeiten bei der Stahlindustrie standen unter Vorbehalt, denn sehr bald geriet auch diese Branche in eine Absatzkrise.⁷²

Ein hypothetisch angenommener Förderrückgang um weitere 10 Mio. Tonnen Steinkohle würde nicht nur zu einem unmittelbaren Verlust von 1,2 Mrd. DM an Bruttoproduktionswert führen, sondern als Sekundäreffekte die Wertschöpfung im Ruhrrevier um weitere 1,5 Mrd. DM sinken lassen und dort zusätzlich 24.000 Arbeitsplätze abbauen. Vor diesem Hintergrund wird die Empfehlung des RWI zur Durchführung eines Energieprogramms im Umfang von 2,5 Mrd. DM verständlich, in

68 In den ersten fünf Jahren ihrer Existenz wurde die RAG seitens des Staates und der Altgesellschaften mit etwa 3,3 Mrd. DM subventioniert. Abelshauser 1984, S. 161. Bis 1971 erhielt das Unternehmen insgesamt 3,8 Mrd. DM an unternehmensspezifischen Zuschüssen und darüber hinaus zahlten Steuerzahler und Stromverbraucher von 1970 bis 1978 weitere 9,6 Mrd. DM für den deutschen Steinkohlenbergbau.

69 Abelshauser 1988, S. 59–61.

70 RWI Mitteilungen, 4. Jg., H. 9/10 (Sept./Okt. 1953): Entwicklung der Industrieproduktion in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik.

71 RWI 121/97: Strukturabteilung – Leitung Dr. Willi Lamberts, Die Auswirkungen alternativer Entwicklungen bei der Förderung von Steinkohlen auf die Ruhrwirtschaft (Gutachten, erstellt im Auftrag des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen), Essen 1976, S. 6.

72 RWI 121/90: Zur Lage der Stahlindustrie und ihre kurzfristigen Reaktionsmöglichkeiten auf Wettbewerbsnachteile bei den Energiekosten (Gutachten, im Auftrag des Bundesbeauftragten für den Steinkohlenbergbau und die Steinkohlenbergbaugebiete), Essen 1973, S. 28–33, mit Schätzungen über den zukünftigen Kohlenverbrauch der Stahlindustrie.

dem der Ausbau der Kraftwerksleistung auf Steinkohlenbasis gefordert wurde. Wie zukunftsträchtig auch diese aus der aktuellen Krisensituation hergeleitete Empfehlung war, musste sich ebenfalls erst noch erweisen.

Krise der Textilindustrie

Etwa zeitgleich mit dem Steinkohlenbergbau geriet auch die nordrhein-westfälische Textilindustrie in eine schwere Absatzkrise.⁷³ Obwohl nahezu ähnlich zahlreiche Arbeitsplätze von dieser Strukturkrise betroffen waren wie beim Ruhrbergbau, wurde von der Krise in dieser Branche seitens der Wirtschaftspolitik weit weniger Aufhebens gemacht und auf einen protektionistischen Schutz der Industrie oder gar auf eine Subventionierung der Arbeitsplätze gänzlich verzichtet. Ähnlich dem Steinkohlenbergbau erlebte die westdeutsche Textilindustrie nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst einen Boom. Dazu hatten der kriegsbedingte Nachholbedarf an Textilien in der Bevölkerung, der Wegfall der mitteldeutschen Konkurrenz durch die deutsche Teilung und der Zustrom billiger Arbeitskräfte aus den östlichen Gebieten Deutschlands nicht unwesentlich beigetragen.⁷⁴ Doch diese glückliche Entwicklung hielt nicht lange an. Bereits 1957/58 war ein erster Konjunktureinbruch zu verzeichnen und die Produktion der Textilindustrie musste drastisch eingeschränkt werden.⁷⁵ Es waren vor allem die billigen Textilimporte aus Ostasien, die der Industrie zunehmend zu schaffen machten. Die forcierte Liberalisierung des Welthandels trug ein Übriges dazu bei, die mit veralteten Maschinen ausgestattete und unter zunehmend hohen Lohnkosten leidende westdeutsche Textilindustrie unter Anpassungsdruck zu setzen. Für die deutsche Bekleidungsindustrie ließ sich zeitgleich eine ähnliche Problemkonstellation beobachten.⁷⁶ Seitens der Bundesregierung konnten die Industrien nicht auf Unterstützung rechnen, weil protektionistische Maßnahmen den Zielen ihrer Außenwirtschaftspolitik völlig entgegengesetzt waren.

Hinzu kam, dass diese Industrie durch eine außerordentliche Vielzahl unterschiedlicher Teilbranchen hinsichtlich der verarbeiteten Rohstoffe und Herstellungsverfahren gekennzeichnet ist und dass zahlreiche, meist mittelständische Betriebe über ganz Deutschland und auch auf verschiedene Regionen Nordrhein-Westfalens verteilt waren. Für die Bekleidungsindustrie kam hinzu, dass hier überwiegend Frauen beschäftigt waren.⁷⁷ Dies alles schwächte entscheidend die Verhandlungsposition der betroffenen Unternehmer und auch die Vertretungen ihrer Arbeiterschaft gegenüber der Bundes- und Landesregierung. Während also andere vom Strukturwandel betroffene Wirtschaftssektoren, wie die Landwirtschaft, die

⁷³ Lauschke 2004, S. 136–162.

⁷⁴ Ausführlich: Lindner 2001, S. 83–92.

⁷⁵ Allein im Jahr 1958 wurden in der deutschen Textilindustrie 60.000 Arbeitskräfte freigesetzt. Ebda., S. 114.

⁷⁶ Schnaus 2017, insb. S. 26–31.

⁷⁷ Ebda., S. 27.

Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie sowie der Schiffbau über Jahre umfangreiche Subventionen erhielten, wurde seitens der politischen Instanzen der Untergang der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie billigend in Kauf genommen.⁷⁸ Zudem bildeten die dort freigesetzten Arbeitskräfte im Boom der Sechzigerjahre ein willkommenes Arbeitskräftereservoir für andere Branchen der bundesrepublikanischen Wirtschaft. Das galt auch für Nordrhein-Westfalen, wo die Textilindustrie 1950 mit mehr als 10 Prozent aller Industriebeschäftigten nach dem Bergbau an zweiter Stelle der Beschäftigungsstatistik rangierte und somit einen keineswegs unbedeutenden Industriezweig im Lande darstellte.⁷⁹ Auf dem Höhepunkt ihrer Entfaltung fanden in NRW sogar fast 240.000 Personen in der Textilindustrie Beschäftigung. Doch ihre Zentren waren nicht nur recht unterschiedlich strukturiert, sie lagen zudem weit im Land verstreut: im westlichen Münsterland dominierte die Baumwollverarbeitung, am Niederrhein fand sich ein Schwerpunkt der Woll-, Seiden- und Samtindustrie, im Bergischen Land gab es vor allem Schmalwebereien und Flechtereien und der Aachener Raum hatte sich, ähnlich wie auch Ostwestfalen, auf die Tuch- und Kleiderstoffherstellung spezialisiert. Trotz aller Bemühungen um Personalabbau, Rationalisierungen und Automatisierung der Produktion konnte die Textilindustrie in NRW ihren Niedergang nicht abwenden und spielte eine immer unbedeutendere Rolle in der Wirtschaft des Landes. Alle Anpassungsleistungen an die schrumpfende Nachfrage nach ihren Produkten mussten die Betriebe der Textilindustrie aus eigener Kraft bewerkstelligen, auf staatliche Hilfe konnten sie nicht hoffen.

Ungeachtet dieser schwierigen Verhältnisse konnte die nordrhein-westfälische Textilindustrie, trotz einer von ca. 240.000 Arbeitskräften (1957) auf knapp 60.000 (1990) Personen dramatisch gesunkenen Beschäftigtenzahl, ihren Umsatz im gleichen Zeitraum von etwa 6 Mrd. DM auf gut 12 Mrd. DM steigern. Entscheidend für diesen Erfolg war eine beinahe Verfünfachung der Exportquote der Branche von 7,7 Prozent (1957) auf 31,2 Prozent (1990); im internationalen Wettbewerb konnte sich die deutsche Textilindustrie also gut behaupten. Ihre Entwicklung bildet damit das Gegenstück zu den Verhältnissen im Ruhrbergbau. Hier gelang ein nahezu geräuschloser Strukturwandel, ohne vergleichbare politische Unruhen und soziale Proteste, hin zu einer modernen zukunftssträchtigen Industrie.

Die Krise der nordrhein-westfälischen Textilindustrie fand in den wissenschaftlichen Arbeiten des RWI weit weniger Berücksichtigung als diejenige des Bergbaus. Das lag zum einen daran, dass Essen und das Ruhrgebiet vor Ort lagen und von der Krise des Bergbaus unmittelbar betroffen waren, und zum anderen daran, dass im nahen Münster an der dortigen Universität eine „Forschungsstelle für allgemeine und textile Marktwirtschaft“⁸⁰ existierte, deren Arbeiten sich in besonderer Weise mit der

⁷⁸ Vordemfelde 2015, S. 127.

⁷⁹ Lauschke 2004, S. 151. Am Umsatz gemessen nahm sie sogar die Spitzenstellung ein. Zu den Zahlen vgl. die Tabelle auf S. 157.

⁸⁰ Diese Forschungsstelle wurde 1941 von Alfred Müller-Armack, der von 1938 bis zu seinem Wechsel nach Köln im Jahre 1950 in Münster wirkte, gegründet.

Entwicklung der Textilwirtschaft in Deutschland und speziell im westlichen Münsterland beschäftigten. Die Münsteraner Forschungsstelle war auch Gründungsmitglied der Arbeitsgemeinschaft wissenschaftlicher Forschungsinstitute.⁸¹

Krise im Schiffbau

Unmittelbar von geringerer Bedeutung für das Ruhrrevier, dessen Eisen- und Stahlindustrie sowie der Maschinenbau allerdings als Zulieferer der Branche eine bedeutende Rolle spielten, war die Krise des deutschen Großschiffbaus, die sich zu Beginn der 1960er Jahre abzuzeichnen begann. Der Aufbau einer Handelsflotte nach dem Zweiten Weltkrieg hatte den Großwerften an der deutschen Nord- und Ostseeküste zunächst eine gute Konjunktur beschert. Man konzentrierte sich dabei vor allem auf den Bau von Spezialschiffen für den Massentransport von Erdöl (Tanker) und von Kohle (Bulk-Carriers).⁸² Doch ab Mitte der 1950er Jahre wendete sich das Blatt und international wurden große Überkapazitäten im Schiffbau offenbar. Die Zahl der Neubauten verminderte sich deutlich und die international sinkenden Frachtraten gaben den Reedereien auch keinen Anlass zu Neubestellungen von Schiffen.⁸³ Hinzu trat die wachsende Konkurrenz von Schiffbauunternehmen aus Ostasien, insbesondere aus Japan und Südkorea. Unter den deutschen Werften kam es in der Folgezeit deshalb zu verschiedenen Zusammenschlüssen und Stilllegungen, welche die Kapazitäten deutlich verminderten und in den betroffenen Küstenregionen Strukturangepassungshilfen durch die jeweiligen Bundesländer nötig machten.⁸⁴

Das RWI widmete in seiner wissenschaftlichen Arbeit, ähnlich wie der Krise der deutschen Textilindustrie, auch der Krise des deutschen Schiffbaus nur wenig Aufmerksamkeit. Zu drückend wurden die vor der Tür liegenden Probleme des deutschen Steinkohlenbergbaus wahrgenommen und sie absorbierten offenbar in vollem Umfang die Forschungskapazitäten der zuständigen Strukturabteilung. Ähnlich wie der Textilforschungsstelle in Münster überließ man quasi in Arbeitsteilung den Kollegen des Kieler Forschungsinstituts die wirtschaftspolitische Begleitung und Analyse der Krise des deutschen Schiffbaus.

5.2.2 Reorganisation der Arbeit

Das Jahr 1952 bildet eine erste Zäsur in der Entwicklung des RWI nach dem Zweiten Weltkrieg. Die erfolgreiche Wiederaufnahme der wissenschaftlichen Arbeit fand ihren ersten, vorläufigen Abschluss. Ein neues Institutsgebäude war entstanden, Mitarbeiter waren in beachtlichem Maße rekrutiert worden, die finanziellen Ressourcen er-

⁸¹ Vgl. weiter oben unter Punkt 4.2.1.

⁸² Götz 1990 und ders. 1996.

⁸³ Kappel/Rother 1982.

⁸⁴ Ahrens 2017, S. 61. Ein Fallbeispiel bei Tilly 2008.

schiene als gesichert und neue Ressourcen waren zusätzlich erschlossen worden. Auch eine umfängliche und regelmäßige Publikationstätigkeit wurde wieder aufgenommen. Den Wechsel in der Führung des Hauses empfand man ebenfalls als zukunftsweisend:

Bruno Kuske war 1952 als Präsident durch seinen Kölner Kollegen Theodor Wessels abgelöst worden und die wissenschaftliche Leitung des Instituts vor Ort war aus den Händen von Walther Däbritz an Wilhelm Bauer übergegangen. Schon im Dezember 1951 konnte der zukünftige Präsident anlässlich der Feier des fünfundzwanzigjährigen Bestehens des RWI seine Vorstellungen über die künftige Arbeit eines Wirtschaftsforschungsinstitutes einer berufenen Gesellschaft vortragen. Darin betonte er zunächst einmal die positive Verbindung des RWI und die „stetige und enge Zusammenarbeit“ mit der Universität zu Köln. Zwar müssten die Universitäten weiterhin die „Zentralen für Forschung und Lehre“ bleiben, doch bleibe den Forschungsinstituten für die „Durchdringung der Alltagsprobleme“ noch Raum genug für ihre Arbeit, weil die Universitäten nicht alle Forschungsaufgaben allein durchführen könnten. Beim Lob der „äußerst fruchtbare[n] Zusammenarbeit“ der Forschungsinstitute mit den Universitäten vergaß Wessels allerdings zu erwähnen, dass nur wenige Jahre zuvor das RWI seinen bestehenden wissenschaftlichen Beirat, der gerade dieser Zusammenarbeit dienen sollte, auf Initiative Däbritz' aufgelöst hatte.

Im Weiteren verwies er darauf, dass Lord Keynes mit seinen neuen Erkenntnissen der „wirtschaftlichen Praxis ein Erklärungsinstrument gegeben“ habe, das der modernen „Wirtschaftspolitik völlig neue Perspektiven“ eröffne. Das war im Jahr 1951 tatsächlich eine neue, höchst aktuelle Botschaft, die aber damals im RWI wohl noch auf taube Ohren traf. Ähnliches galt scheinbar für seinen Hinweis auf die Notwendigkeit, „die möglichen Verhaltensweisen zu untersuchen, um die Theorie anwendbar zu machen“ und „statistische und theoretische Forschung miteinander zu verbinden“, sowie für sein Plädoyer für eine „dynamische Theorie“.⁸⁵ Die Suche nach „einem neuen Stil der Wirtschaftspolitik“ stand jedenfalls ganz am Anfang und das RWI bewegte sich noch auf den vertrauten Pfaden, die Walther Däbritz bei gleichem Anlass abermals deutlich hervorhob.⁸⁶ Dieser rückte die Konjunkturforschung und die Strukturforschung noch einmal nachdrücklich als Hauptgebiete der statistisch-empirischen Arbeit des Hauses in den Vordergrund. Dies ergebe sich auch daraus, dass die Arbeitsaufträge von außen an das Institut herangetragen würden, namentlich durch die Ministerien des Landes und des Bundes sowie durch die Hochschularbeitsgemeinschaft für Raumforschung. Für freie wissenschaftliche Arbeit blieb da wohl kein Platz. Während seiner Zeit als Präsident des RWI machte Theodor Wessels auch wenig Anstalten, die überkommene Arbeitsweise des Hauses zu verändern oder

⁸⁵ Theodor Wessels, *Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspraxis*, in: RWI Schriftenreihe, N.F. Nr. 2, S. 22–28.

⁸⁶ Walther Däbritz, *25 Jahre Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung*, in: RWI Schriftenreihe, N.F. Nr. 2, S. 7–11.

dem Wirken des einflussreichen wissenschaftlichen Leiters ein alternatives Arbeitskonzept entgegenzusetzen.

Ressourcen

Über die prekäre Raumsituation des Instituts während der Wiederbegründungsphase wurde weiter oben schon berichtet. Zur Behebung dieser unhaltbaren Verhältnisse hatte der Verwaltungsrat auf seiner Sitzung vom 19. Juli 1952 beschlossen, ein eigenes Gebäude auf dem Grundstück Hohenzollernstraße 1 zu errichten.⁸⁷ Die vorgesehenen Kosten in Höhe von 253.000 DM sollten durch ein Eigenkapital des RWI von 90.000 DM, durch Landesmittel für den Bau zweier Wohnungen in Höhe von 12.000 DM, durch Mietvorauszahlungen der Stadt Essen aufgrund der Mitnutzung des Gebäudes durch die Stadt in Höhe von 28.000 DM und schließlich durch Darlehen der Stadtparkasse Essen in Höhe von 120.000 DM, für das die Stadt Essen eine selbstschuldnerische Bürgschaft zu übernehmen bereit war, gedeckt werden.⁸⁸ Die Grundsteinlegung des neuen Gebäudes erfolgte am 16. Oktober 1952 und nach Fertigstellung des Hauses stand dem Institut endlich auch wieder eine angemessene Bleibe zur Verfügung.

Doch schon bald erwiesen sich die neu geschaffenen Räumlichkeiten wegen der wachsenden Aufgaben des Instituts als unzureichend und nur wenige Jahre später plante man einen Erweiterungsbau, der mit einem weiteren Darlehen der Stadtparkasse finanziert wurde.⁸⁹ Die geplanten Baukosten wurden allerdings um 35.000 DM überschritten, sodass es nötig wurde, erneut mit der Stadtparkasse in Kreditverhandlungen zu treten. Diese erklärte sich bereit, die beiden bis dahin gewährten Darlehen in einem Darlehen in Höhe von 225.000 DM zusammenzufassen und dieses dann jährlich durch das RWI in Raten von 10.000 DM tilgen zu lassen. Zugleich wurde die Aussetzung der Tilgung für zwei Jahre vereinbart,⁹⁰ allerdings für das Darlehen ein marktüblicher Zinssatz gefordert, der in den folgenden Jahren mehrfach den wechselnden Marktbedingungen angepasst wurde. Erst zum 31. Dezember 1976 war das Darlehen vollständig getilgt.

Im Jahr 1966 wurde dann noch in einem dritten Bauabschnitt im rückwärtigen Teil des bestehenden Gebäudes ein Anbau erstellt, mit dem dem Institut nunmehr 25 Räume mit insgesamt 400 qm Bürofläche und einem Archivraum im Keller zur

⁸⁷ Dazu RWI: Protokoll der Sitzung des Verwaltungsrats und der Mitgliederversammlung vom 19.7.1952. Zur Vorgeschichte vgl. weiter oben Punkt 4.1.

⁸⁸ RWI: Akte Grundbuch Erbbau. Neubau: Schreiben Däbritz an Stadtkämmerei Essen vom 6.11.1952.

⁸⁹ RWI: Akte Grundbuch Erbbau. Neubau: Schuldschein über 120.000 DM unterschrieben vom Präsidenten Theodor Wessels am 8.7.1955.

⁹⁰ RWI: Akte Grundbuch Erbbau. Neubau: Schreiben Winkelmeyers an Stadtdirektor Dr. Wolf vom 11.6.1956.

Verfügung standen.⁹¹ Das notwendige Grundstück für die rückwärtige Erweiterung des Gebäudes wurde erneut durch die Stadt Essen bereitgestellt und der Großteil der Baukosten konnte durch Zuschüsse des Landes NRW und der lokalen Wirtschaft gedeckt werden.⁹² Seit Mitte der 1950er Jahre waren damit die größten Raumprobleme des Instituts überwunden.

Das schien auch dringend geboten, denn mit dem Umfang der Forschungsaktivitäten wuchs die Zahl der Mitarbeiter des Hauses ständig weiter an. Diese Entwicklung lässt sich auch an der Expansion des Finanzrahmens des Instituts eindeutig ablesen. Nach Überwindung der existentiellen Krise durch die Währungsreform gelang zunächst eine Konsolidierung der Finanzausstattung und für das Jahr 1949/50 standen dem RWI Ende der 1940er Jahre immerhin bereits wieder 172.000 DM zur Verfügung.⁹³ Zu Beginn der 1950er Jahre wuchs der Etat des Hauses dann sehr schnell über 424.000 DM (1954/55) und 442.000 DM (1955/56) auf schließlich 698.000 DM im Jahr 1960. Mitte der 1960er Jahre erreichte er 1,64 Mio. DM (1966) und stieg Anfang der 1970er Jahre auf 2,1 Mio. (1971) und 2,4 Mio. DM (1972).⁹⁴ In nur 20 Jahren hatte sich damit das Finanzvolumen des Instituts auf das Fünffache erhöht. Entscheidenden Anteil an der erfolgreichen Mobilisierung zusätzlicher Finanzmittel für die Zwecke der empirischen Wirtschaftsforschung hatte die Tatsache, dass es gelang, die öffentliche Hand von Bund und Land NRW dauerhaft an der Finanzierung zu beteiligen. Dieser Erfolg war nicht zum geringsten Teil dem stetigen Bemühen Walther Däbritz' um eine Ausweitung der finanziellen Basis „seines“ Hauses zu danken. Im Juli 1952 musste Däbritz allerdings noch berichten, dass „alle Versuche des Instituts in das sog. Staatsabkommen aufgenommen zu werden“ bislang gescheitert seien, aber im laufenden Jahr ein neuer Versuch unternommen werden solle.⁹⁵

Eine regelmäßige finanzielle Förderung durch das Bundeswirtschaftsministerium hatte das RWI bis dahin nicht erhalten. Bereits im Mai 1950 war Däbritz in dieser Sache vorstellig geworden und hatte mit Blick auf wissenschaftliche Arbeiten in Sachen

⁹¹ Die *Neue Ruhr Zeitung* vom 18.3.1966 berichtet unter dem Titel „Institut in neuen Räumen“ ausführlich von der Eröffnung des Anbaus und hebt besonders hervor, dass nunmehr ein jeder Wissenschaftler über ein eigenes Zimmer verfüge.

⁹² Insgesamt beliefen sich die Baukosten auf 730.000 DM, von denen das Land NRW mit 360.000 DM knapp die Hälfte übernahm, die Fördergesellschaft trug 100.000 DM bei und aus der Wirtschaft wurden 110.000 DM gespendet. Der Rest musste durch Darlehen finanziert werden. „Gediegen und Zweckmäßig. Dritter Bauabschnitt des Instituts für Wirtschaftsforschung seiner Bestimmung übergeben“, in: *Essener Woche* 1966/12.

⁹³ Vgl. weiter oben Punkt 4.3.1.

⁹⁴ Die Daten für 1971 und 1972 aus dem Bericht von Gregor Winkelmeyer auf der Sitzung der Fördergesellschaft am 5.4.1971. RWWA 427–23–11, Volks- und Betriebswirtschaftliche Vereinigung: Protokoll der Sitzung der Mitgliederversammlung der Gesellschaft der Freunde und Förderer vom 5.4.1971.

⁹⁵ RWI: Protokoll der Sitzung des Verwaltungsrats und der Mitgliederversammlung vom 19.7.1952. Es ging darum, auch dauerhaft und nicht nur mit besonderen Aufträgen in das Förderprogramm unabhängiger Forschungsinstitute des Bundes aufgenommen zu werden.

Ruhrbehörde um eine Unterstützung des RWI in Höhe von 50.000 DM nachgesucht.⁹⁶ Eine Besprechung in Bonn am 5. April d.J. blieb noch folgenlos, erwies sich aber dennoch als nützlich, weil in Erfahrung gebracht wurde, dass auch Prof. Baade vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel in gleicher Sache aktiv geworden war.⁹⁷ Ein Besuch bei Minister Spiecker in NRW am 26. April schien schon Erfolg versprechender, denn dieser forderte ein kurzes Exposé über das Institut an und stellte eine entsprechende Förderung, wenn auch nur in eingeschränkter Weise, in Aussicht, während sich Wirtschaftsminister Ludwig Erhard aus Bonn noch nicht geäußert hatte. Der Hinweis jedoch, ein entsprechendes Begehren in jedem Falle zeitlich früher für das kommende Haushaltsjahr zu stellen, erwies sich jedenfalls als hilfreich. Im Jahr 1950 konnte das RWI daraufhin erstmals 50.000 DM direkte finanzielle Unterstützung aus den Haushaltsmitteln des Bundesministers für Wirtschaft in Anspruch nehmen. Zudem würden aus dem Topf der „Förderung von Forschungsvorhaben aus ERP-Mitteln“, der für die „Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute“ 400.000 DM bereitgestellt hatte, zukünftig dem RWI anteilsgemäß jährlich 33.500 DM zufließen.⁹⁸ Für das Jahr 1951 wurde dem Institut aus Bonn erneut ein Betrag von 50.000 DM zugewiesen⁹⁹ und diese regelmäßigen Zuwendungen durch das Bundeswirtschaftsministerium setzten sich auch in den folgenden Jahren fort, nunmehr allerdings anteilig als Unterstützung des Ministeriums für die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute insgesamt.¹⁰⁰

Däbritz konnte 1952 ebenfalls mitteilen, dass das Land NRW seinen Zuschuss an das RWI für das laufende Jahr von 60.000 DM auf 150.000 DM, also auf mehr als das Doppelte, erhöht habe. Gleichwohl äußerte auf der gleichen Sitzung der Präsident Prof. Wessels die Notwendigkeit, aus dem Förderkreis „angesichts der wachsenden Bedeutung des Instituts [die] bisherigen Zuschüsse zu erhöhen und neue Geldgeber zu gewinnen“. Die wachsende finanzielle Unterstützung durch das Land NRW schlug sich darin nieder, dass Vertreter der Landesregierung auch im Verwaltungsrat des Instituts Aufnahme fanden. In drei gleichlautenden Briefen an den Finanzminister des Landes, an den Kultusminister und an den Wirtschafts- und Verkehrsminister sprach Walther Däbritz im August 1952 den dringenden Wunsch aus, dass die betreffenden drei Ministerien, „mit denen sich das Institut besonders eng verbunden fühlt“, einen

96 RWI: Akte Verwaltungsrat, Gesprächsnotiz Däbritz vom 26.4.1950.

97 Ebda.

98 RWWA 28–72–3, IHK Essen: Schreiben des Bundesministers für Wirtschaft an Däbritz vom 23.10.1950.

99 RWWA 28–72–3, IHK Essen: Schreiben des Bundesministers für Wirtschaft an RWI Essen vom 20.3.1951.

100 RWWA 28–72–3, IHK Essen: Schreiben des Generalsekretärs der Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute an die einzelnen Institute vom 11.9.1951. Für das Haushaltsjahr 1951/52 standen dem RWI demnach planmäßig 50.000 DM zur Verfügung und aus dem Nachtragshaushalt II nochmals eine Summe von 10.000 DM. Gegenüber den Instituten in Kiel, Berlin und München blieb dem RWI mit 50.000 DM ordentlichen Mitteln nur ein bescheidener Anteil, denn ans IfW (Kiel) flossen 290.000 DM, nach Berlin (DIW) 167.500 DM und nach München (ifo) 142.500 DM.

Vertreter in den Verwaltungsrat delegieren möchten, „um auf diese Weise eine laufende Verbindung und Information sicher zu stellen“.¹⁰¹ Diesem Wunsch folgten die drei Ministerien offenbar sehr gerne und benannten unmittelbar darauf, bereits mit Schreiben vom 3., 18. und 20. September, ihre jeweiligen Vertreter.¹⁰²

Die zusätzlich verfügbaren Finanzmittel konnten vom RWI zur Aufstockung des Personalbestandes verwandt werden. Darüber geben die regelmäßig zu erstellenden Verwendungsnachweise für die erhaltenen Bundesmittel Auskunft. Bereits 1950 wurden aus diesen Mitteln zwei zusätzliche wissenschaftliche Referenten, zwei Statistiker und eine Statistikerin, ein Grafiker und eine Sekretärin eingestellt und im folgenden Jahr noch ein weiterer wissenschaftlicher Referent und eine Bibliothekarin.¹⁰³ Auch blieben noch Mittel für Honorare für Zuarbeiten von außerhalb des Hauses. Von den Mitteln wurden im ersten Jahr der regelmäßigen Unterstützung knapp 32.000 DM, also deutlich mehr als 60 Prozent für Personal, etwa 30 Prozent für sächliche Ausgaben und 6 Prozent für Reisekosten verwandt. Diese Proportionen entsprachen in etwa auch der Verteilung dieser Ausgabekategorien des ordentlichen Etats des Hauses. Das Personal konnte damit deutlich vermehrt werden; zwar erweiterte dies die Möglichkeiten für wissenschaftliches Arbeiten, verschärfte aber damit zugleich auch die prekäre räumliche Enge, die erst einige Jahre später durch die Erstellung des eigenen Gebäudes überwunden werden konnte. Darüber hinaus konnten neue Bücher beschafft und Druckkosten finanziert werden; auch der Bürobedarf wurde ergänzt. Im Laufe der folgenden Jahre erhöhten sich die Zuwendungen durch den Bund weiter. Im Jahr 1955 wurden aus dieser Quelle bereits 60.000 DM vereinnahmt und 1956 stieg der Bundeszuschuss bereits auf 81.500 DM; im Haushaltsjahr 1957 gar auf 90.000 DM. Die Proportionen zwischen den verschiedenen Verwendungskategorien blieben im Zeitverlauf im Wesentlichen stabil, denn Preiserhöhungen für Materialien und Dienstleistungen sowie Einkommenssteigerungen der Beschäftigten zehrten den Anstieg an Mitteln weitgehend auf.

Man kann also festhalten, dass sich das RWI im Laufe der 1950er Jahre als ein im Vergleich zu den Konkurrenten in Kiel, Berlin und München zwar relativ kleines, gleichwohl finanziell gesichertes und wissenschaftlich angesehenes, wirtschaftlich arbeitendes Forschungsinstitut etabliert hatte. Die beiden Dekaden seit Mitte der 1950er Jahre bildeten für das RWI eine Phase stetigen Fortschritts, der sich in einem wachsenden Finanzvolumen, einer steigenden Mitarbeiterzahl und in vielfältigen Forschungsarbeiten niederschlug. In diesem Sinne konnte sich das Institut vor allem der Untersuchung der konjunkturellen Entwicklung und des strukturellen Wandels

101 RWI: Schreiben Walther Däbritz an Finanzminister Dr. Flecken, Kultusminister Chr. Teusch und Dr. Sträter als Minister für Wirtschaft und Verkehr vom 30.8.1952.

102 Diese Aufgabe wurde für das Wirtschafts- und Verkehrsministerium durch Oberregierungsrat Paschke, für das Finanzministerium durch Ministerialrat Giesen und für das Kultusministerium von Ministerialdirigent Dr. von Heppe wahrgenommen.

103 RWWA 28–72–3, IHK Essen: Verwendungsnachweis über die vom Bundesministerium zur Verfügung gestellten Mittel (20.3.1951 u. 28.4.1951).

der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland zuwenden. Dazu bedurfte es aber nicht nur gesicherter materieller und personeller Ressourcen, sondern auch einer stabilen Führungsstruktur.

Leistungsstrukturen

Die Leitungsstruktur des Hauses erschien bereits Ende der 1940er Jahre und zu Beginn der 1950er Jahre eher überkomplex und zunächst geprägt durch eine sehr starke Verwurzelung in der lokalen Wirtschaft. Hinzu kam eine nur als recht lose wahrgenommene Anbindung an die akademische Welt und ein hohes Maß an Autonomie in der wissenschaftlichen Arbeit des Instituts selbst. Eine gegenseitige Befruchtung und Kontrolle der wissenschaftlichen Arbeit des Hauses und den in diesem Zeitraum besonders stark expandierenden Wirtschaftswissenschaften in der Bundesrepublik wurde durch die institutionelle Konstellation der Führungsstruktur des RWI eher erschwert als gefördert. Das scheint den „spiritus rector“ des Hauses, Walther Däbritz, wenig gestört zu haben. Die Präsidenten, zunächst Bruno Kuske und später auch Theodor Wessels, thronten als Kölner Ordinarien über dem Alltagsgeschäft vor Ort und sollten dem Institut offenbar einen gewissen akademischen Glanz verleihen. Ihre Stellvertreter im Präsidium waren in die lokale Wirtschaft eingebunden bzw. fungierten als Repräsentanten der Stadt Essen und waren wegen ihrer vielfältigen beruflichen Pflichten kaum in der Lage, eine effektive Führungsaufgabe im Hause wahrzunehmen.¹⁰⁴ Beim Verwaltungsrat handelte es sich eher um ein außerordentlich heterogen zusammengesetztes Repräsentativorgan mit einer großen Zahl von Mitgliedern, die kaum zu gemeinsamer strategischer Planung fähig schienen.¹⁰⁵ Das war laut Satzung des Instituts auch gar nicht vorgesehen, denn § 8.6.b begrenzte die Aufgabe des Verwaltungsrates auf eine „Beratung des jährlichen Forschungsprogramms“. Die wissenschaftliche Leitung des Hauses konnte also frei schalten und walten und sah sich in ihrer Arbeit keinerlei interner wissenschaftlicher Kontrolle gegenüber.

Die Weichen in der Leitung des RWI waren zu Beginn der 1950er Jahre neu gestellt worden und Theodor Wessels wurde nach dem Ausscheiden von Bruno Kuske als neuer Präsident an die Spitze des Instituts berufen. In seiner Sitzung am 19. Juli 1952 wählte der Verwaltungsrat einstimmig Theodor Wessels zum neuen Präsidenten des

104 Anfang der 1950er Jahre waren mit dieser Aufgabe der Oberstadtdirektor der Stadt Essen, H. Greinert, sein Vorgänger im Amt, Dr. H. Rosendahl, sowie Generaldirektor Dr. H. Kost von der deutschen Kohlenbergbauleitung betraut. RWI: Übersicht über Präsidium und Verwaltungsrat vom 23.10.1953.

105 Es handelte sich 1953 um ein Gremium mit neunzehn Mitgliedern aus Politik, Wissenschaft, Industrieunternehmen, Banken, Verwaltung, Verbandswesen, sodass quasi alle Geldgeber des Instituts darin vertreten waren.

RWI.¹⁰⁶ In der vorjährigen Mitgliederversammlung vom 21. Juli 1951 war die Wahl eines neuen Präsidenten noch vertagt worden, weil die Ambitionen von Walther Däbritz auf diese Position sich offenbar nicht realisieren ließen¹⁰⁷ und ein anderer Kandidat kurzfristig nicht zur Verfügung gestanden hatte. Däbritz wurde nunmehr beauftragt, Bruno Kuske, gegenwärtig Rektor der Universität zu Köln und wegen Krankheit an der Teilnahme an der Sitzung im Juli 1952 verhindert, nach seinem Abschied den Dank des Gremiums für seine fünfjährige Amtszeit am RWI zu übermitteln.

Theodor Wessels hatte bis dahin eine erfolgreiche wissenschaftliche Karriere durchlaufen, die ihn als angesehenen Ordinarius für Staatswissenschaften und Direktor des Instituts für Energiewirtschaft bis an die Universität zu Köln gebracht hatte.¹⁰⁸ Geboren wurde er am 6. Mai 1902 in Waalwyk in den Niederlanden. Seine Jugend verbrachte er in Kleve. Nach dem Besuch des Gymnasiums und einem Studium der Nationalökonomie in München, Kiel und schließlich in Köln schloss er 1924 das Studium als Dipl.-Kaufmann ab. Während seiner Studienzeit in München war er dort der katholischen Studentenverbindung Rheno-Franconia beigetreten. Seine Doktorprüfung absolvierte er, betreut durch Leopold von Wiese,¹⁰⁹ am 29. Juli 1925 in Köln und war danach vom 1. November 1926 bis zum 30. Juni 1927 dort als Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Seminar für Finanzwissenschaft tätig.

Im Jahr 1937 heiratete Theodor Wessels Dr. Emma Sträter, Tochter des Tiefbauunternehmers Emil Sträter (geb. 17. August 1882) und dessen Ehefrau Lucie (geb. Schulze 13. November 1887). Aus dieser Ehe gingen drei Kinder hervor, die Zwillinge Gisela und Margit (geb. 14. Dezember 1940), von denen Gisela früh verstarb, und Wolfgang (geb. 19. Januar 1948), der später ebenfalls als Professor der Politikwissenschaft an der Universität zu Köln tätig wurde.

Zum 1. Juli 1927 war Wessels zuvor als apl. Assistent an die Universität Bonn gewechselt und habilitierte sich dort am 17. Juni 1936.¹¹⁰ Am 5. Dezember des Jahres erhielt er daraufhin in Bonn eine Diätendozentur und blieb vom 1. Januar 1937 bis zum 31. Dezember 1939 dort als Oberassistent von Herbert von Beckerath tätig.¹¹¹ In die Bonner Zeit fallen die Aktivitäten von Theodor Wessels innerhalb der NSDAP, der er am 1. Mai 1937 beigetreten war (Partei-Nr. 4615073). Er wurde Mitglied mehrerer Parteiorganisationen und SA-Rottenführer. Innerhalb der Universität trat er als Vertrauensdozent des NS-Dozentenbunds hervor. Über die Parteitätigkeit des Dozenten Wessels während seiner Bonner Zeit gibt ein Gutachten des Gaudozentenführers Weiss Auskunft, das dieser im

106 RWI: Protokoll der Sitzung des Verwaltungsrates und der Mitgliederversammlung, 19.7.1952, Essen.

107 Vgl. weiter oben Kap. 4.1.1.

108 UAK Zug. 382/Nr. 2557 (Personalakte A).

109 Thema der Arbeit war: „Die Geldtheorie Léon Walras“.

110 Thema seiner Habilitationsschrift war: „Die Selbstversorgung Deutschlands mit Agrarprodukten“.

111 Schneider 1973, darin: Einführungsworte des Dekans Werner Kern anlässlich der Gedenkfeier am 8. Mai 1973, S. 8f.

Rahmen der möglichen Berufung Wessels nach Köln mit Datum 25. Juli 1939 namens des NS-Dozentenbundes der Universität Bonn verfasst hatte.¹¹² Darin ist u. a. zu lesen:

„Er [Wessels] ist katholisch, besitzt aber keine religiösen Bindungen mehr [...] Er wird ständig für die politische Schulungsarbeit [...] eingesetzt. Im NS-Dozentenbund ist er seit Jahren Vertrauensmann und Vertreter der Nichtordinarien [...] Der Dozentenbund ist der Überzeugung, dass sich Dr. W. jederzeit für Staat und Bewegung einsetzen wird.“

Inwieweit aus diesen Äußerungen eine dem NS-Regime zugeneigte Gesinnung unterstellt werden kann, muss hier dahingestellt bleiben, zumal an gleicher Stelle dem jungen Dozenten der Vorwurf „kapitalistischen Denkens“ gemacht wird. Doch dieser Vorwurf könne mit Blick auf dessen Habilitationsschrift entkräftet werden, in der er bereits vor der Machtergreifung auf die Möglichkeit „agrarer Selbstversorgung“ hingewiesen habe,¹¹³ „die die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik als richtig erwiesen hat.“ Eine Gegnerschaft zum Regime ist aber gewiss ebenso wenig zu vermuten und das wäre für einen aufstrebenden Wissenschaftler in dieser Zeit auch kaum zu erwarten gewesen.¹¹⁴

Dies wird auch durch seine Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath unterstrichen. Dabei handelte es sich um eine Gruppierung, die auch unter dem Namen Dritter Freiburger Kreis bekannt wurde und als Arbeitsgruppe der 1943 als „nicht kriegswichtig“ aufgelösten Arbeitsgemeinschaft Volkswirtschaftslehre der Akademie für Deutsches Recht weitergeführt wurde. Dieser Arbeitskreis ist jedoch nicht zu verwechseln mit der Freiburger Schule unter den Ordo-Liberalen um Walter Eucken und Franz Böhm.¹¹⁵ In der Arbeitsgemeinschaft beschäftigte man sich in privatem Kreis mit Überlegungen zur Ordnung der Nachkriegswirtschaft.¹¹⁶ Dem herrschenden NS-Regime standen die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft gewiss distanziert gegenüber und ihr Leiter, Erwin von Beckerath, konnte nach 1948 als Leiter des Wissenschaftlichen Beirats in der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und später des Bundeswirtschaftsministeriums einigen Einfluss auf die Gestaltung der Wirtschaftsordnung und der Wirtschaftspolitik des neuen Staates nehmen. Ähnliches gilt auch für Theodor Wessels.

1939/40 bemühte sich der Privatdozent um eine Rückkehr an die Universität zu Köln. Wie dringlich für die Kölner Fakultät die Berufung Wessels erschien, ist aus der Korrespondenz des Rektorats der Universität zu Köln mit dem Reichsminister für Wissen-

112 UAK Zug. 382/Nr. 2557 (Personalakte A).

113 Der Titel der Habilitationsschrift von 1933 lautet: „Die Selbstversorgung Deutschlands mit Agrarprodukten“.

114 Die Würdigung Theodor Wessels' anlässlich seines Todes durch Hans Karl Schneider, seinen Schüler und Nachfolger im Amt sowohl auf dem Kölner Lehrstuhl wie auch als Präsident im RWI, erscheint demgegenüber als etwas schönfärberisch und wenig ausgewogen. Vgl. Theodor Wessels, „Frei von den Verstrickungen der praktischen Politik“, in: *WirtschaftsWoche*, Nr. 34 vom 25.6.1972, S. 24f.

115 Blumenberg-Lampe 1973.

116 Blumenberg-Lampe 1986.

schaft, Erziehung und Volksbildung zu entnehmen.¹¹⁷ Mit Schreiben des Rektors vom 4. Oktober 1938 wird darum gebeten, Dr. Wessels zunächst möglichst rasch „statt als Ordinarius vielmehr als beamteten ausserordentlichen Professor“ der Kölner Fakultät zuzuweisen, weil die Fakultät in ihrem Lehrkörper erhebliche Lücken aufweise. Es ging vor allem um Ersatz für Erwin von Beckerath, der einem Ruf nach Bonn zu folgen beabsichtigte und den Wessels bereits im Wintersemester 1938/39 erfolgreich vertreten hatte, wie der Rektor dem Minister mit Schreiben vom 24. Mai 1939 nachdrücklich bestätigte. Die Verhandlungen zogen sich jedoch noch weiter hin, sodass der Kölner Rektor nochmals mit Schreiben vom 2. November 1939 dringlich intervenieren musste, ehe endlich, im Jahr 1940, Theodor Wessels auf ein Ordinariat für Wissenschaftliche Staatswissenschaften nach Köln berufen werden konnte. 1943 wurde er auch zugleich Leiter des neu gegründeten Instituts für Energiewirtschaft.¹¹⁸

In Köln wurde Wessels bereits Anfang 1939, also vor seiner endgültigen Berufung nach dort, Mitglied der 1936 durch Bruno Kuske gegründeten Hochschularbeitsgemeinschaft für Raumforschung.¹¹⁹ Er wurde damit Teil des Netzwerkes, das Bruno Kuske als Basis seiner angewandten West- und Raumforschung zwischen 1939 und 1945 in Köln knüpfte und das sich mit einer Neugliederung des Westraumes befasste, die umfangreiche Annexionen in das Großdeutsche Reich nicht ausschloss.¹²⁰ Wegen dieser kriegswichtigen Aufgaben im Bereich der Raumforschung war Wessels in Köln „unabkömmlich“ und wurde vom Wehrdienst freigestellt. Einen Militärdienst brauchte Wessels also niemals zu leisten. Während der Arbeiten im Rahmen der Westforschung erhielt der junge Ordinarius im November 1942 einen Ruf nach Bonn, den er aber nach Bleibeverhandlungen in Köln ablehnte, obwohl diese ihm keine Erhöhung seiner Bezüge eingebracht hatten. Zum 1. November 1944 erfolgte dann seine Abordnung aus dem nahezu völlig zerstörten Köln und von einer kaum noch funktionsfähigen Universität an die Universität Marburg. Von Marburg aus konnte er am 5. August 1946 erneut über einen Wechsel nach Bonn verhandeln, weil er einen zweiten Ruf nach dort erhalten hatte. Nachdem ihm eine deutliche Erhöhung der Bezüge zugesagt worden war, entschied er sich jedoch für die Rückkehr nach Köln. Diese Rückkehr wurde ihm auch deshalb erleichtert, weil er in Köln mit Datum vom 25. November 1947 hinsichtlich seiner NS-Vergangenheit als „entlastet“ eingestuft worden war.¹²¹

Hier konnte er seine erfolgreiche Tätigkeit als Hochschullehrer fortsetzen und wurde unmittelbar nach seiner Rückkehr 1946 zum Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät gemacht, ein Amt, das er bis 1949 ausübte. Während dieser Zeit

¹¹⁷ UAK Zug. 382/Nr. 2557 (Personalakte A).

¹¹⁸ Zur komplizierten Berufung Wessels nach Köln und zur Gründung des Instituts für Energiewirtschaft: Lennart Henny, Die Gründung des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität zu Köln, Dipl.-Arbeit, spez. VWL, Köln 2008. Inwieweit für die verzögerte Berufung „Distanz“ zum Regime und ein praktizierter katholischer Glaube eine Rolle gespielt haben, geht aus den Akten nicht hervor.

¹¹⁹ Engels 2007, S. 142 und S. 151.

¹²⁰ Ebda., S. 194, S. 200f. und S. 213f.

¹²¹ UAK Zug. 382/Nr. 2557 (Personalakte A): Abschrift Entlastungs-Zeugnis (Clearance Certificate).

erhielt er 1949 einen Ruf nach Marburg, dem er jedoch nach erfolgreichen Bleibeverhandlungen in Köln ebenso wenig folgte wie einem zweiten Ruf nach dort im Jahr 1954. Seine Wertschätzung in Köln fand auch darin ihren Ausdruck, dass er von 1951 bis 1954 das Amt des Rektors der Universität zu Köln bekleidete. Einen Ruf nach Freiburg im Jahr 1960 lehnte er nach erfolgreichen Bleibeverhandlungen wiederum ab und konnte seine Bezüge und die Ausstattung seines Lehrstuhls in Laufe der Jahre deutlich verbessern.¹²² Weitere ehrenvolle Berufungen kamen hinzu, so bereits 1948 in den Wissenschaftlichen Beirat des Bundesministeriums für Wirtschaft und zum wissenschaftlichen Leiter des Lehrinstituts für das Kommunale Sparkassen- und Kreditwesen des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands. Auch wurde er mit dem Großen Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet, erhielt die Ehrendoktorwürde der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum und war nicht zuletzt von 1953 bis zu seinem Tod im Jahr 1972 Präsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung in Essen. Zum 1. Oktober 1970 wurde Theodor Wessels emeritiert und da bis dahin noch kein Nachfolger berufen war, vertrat er seinen Lehrstuhl weiterhin bis einschließlich Sommersemester 1971.¹²³ Am 14. August 1972 verstarb Theodor Wessels im Alter von 70 Jahren in Sorrent/Italien.

Zum Präsidenten des RWI war nach Bruno Kuske wiederum ein Kölner Ordinarius berufen worden und nicht nur in dieser Beziehung hatte sich mit der Wahl Wessels gegenüber der vorausgehenden Dekade am RWI wenig geändert. Der ferne Ordinarius schwebte wie sein Vorgänger über dem Alltagsgeschäft des Hauses und griff in die wissenschaftlichen Belange wenig ein. Hinsichtlich der Initiativen zur Belebung und Erneuerung der Arbeit des Hauses ist aus der Ägide Theodor Wessels lediglich zu vermelden, dass seinerzeit die konjunkturelle Lage der Ruhrwirtschaft stärker in den Fokus geriet. Er rief 1965 deshalb eine neue Schriftenreihe *Die Wirtschaft des Ruhrgebiets* ins Leben, unterstützt durch die Industrie- und Handelskammern des Reviers und als Ergänzung zu den Lageberichten der einzelnen Kammern.¹²⁴ In dieser jährlich erscheinenden Broschüre wurde ein „Bericht über die konjunkturelle Lage im Ruhrgebiet“ gegeben, überwiegend begrenzt auf die Industrie der Region, wobei der tertiäre Sektor wegen Datenmangels und zu aufwendiger Recherche nur am Rande mitbehandelt wurde. Diesem Unterfangen war kein langes Bestehen vergönnt, denn im Mai 1970 wurde mit dem 6. Jahrgang die Reihe wieder eingestellt.

122 Eine gewisse Vorstellung von den persönlichen Bezügen und den Arbeitsbedingungen eines Ordinarius dieses Kalibers erhält man, wenn man in Rechnung stellt, dass mit den Verhandlungen 1960 seine persönlichen Bezüge von monatlich 3.200 DM auf 4.000 DM angehoben wurden. Hinzu kam eine Kollegpauschale, die zwischen 1961 und 1964 jährlich im Durchschnitt 55.190,40 DM betrug. Als Ausstattung standen fünf Assistentenstellen, eine wissenschaftliche Hilfskraft, eine Bibliotheks- und eine Büroangestellte persönlich zur Verfügung. Hinzu kamen entsprechende Sachmittel und eingeworbene Forschungsmittel.

123 Auch während dieses Zeitraums erhielt er neben seinen Bezügen von 5.444,85 DM eine Kollegpauschale von 18.000 DM.

124 RWI, *Die Wirtschaft im Ruhrgebiet*, 1. Jg. (März 1965), Vorwort von Theodor Wessels, S. 5.



Abb. 6: Theodor Wessels (Mitte)

Die wissenschaftliche Arbeit des Instituts wurde ansonsten auch nach der Wahl von Theodor Wessels zum Präsidenten weiterhin vom wissenschaftlichen Leiter Walther Däbritz bestimmt, der darüber hinaus auch für die organisatorische und personelle Weiterentwicklung des RWI Sorge trug. In diesem Bereich blieb für Walther Däbritz auch nach der erfolgreichen Wiederbegründungsphase des Instituts noch viel zu tun.

Die Erweiterung des Verwaltungsrates um Mitglieder der NRW-Ministerien vom September 1952 hatte neben einer Sicherung des finanziellen Engagements des Landes den gewiss nicht unerwünschten Effekt, durch eine nochmalige Ausweitung des sowieso schon recht zahlreich und mit heterogenen Interessenvertretern besetzten Gremiums die Willensbildung und Einflussmöglichkeiten des Verwaltungsrates auf die Geschäftsführung und wissenschaftliche Leitung des Instituts erneut einzuschränken.¹²⁵ Dem freien Walten des Leiters schienen auf diese Weise nur wenige Fesseln angelegt gewesen zu sein. Die Praxis, durch heterogene Aufsichtsstrukturen die Handlungsmöglichkeiten des Institutes zu erweitern, wurde auch nach dem Ausscheiden Däbritz' im Jahr 1955 beibehalten. Präsident Wessels teilte der IHK Essen mit, dass auf der gemeinsamen Sitzung von Verwaltungsrat und Vereinsmitgliedern

¹²⁵ RWVA 28–72–3, IHK Essen. Eine Zusammenstellung über die Mitglieder des Verwaltungsrates aus dem Jahr 1953 vermittelt einen entsprechenden Eindruck. Insgesamt werden in alphabetischer Reihenfolge siebzehn Personen genannt, beginnend mit Universitätsprofessor Dr. F. Baade, M.d.B., Direktor des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel und endend mit Dr. W. Utermann, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Dortmund.

am 25. Februar 1955, auf der Walther Däbritz mit lobenden Worten zum 31. März aus dem Amt verabschiedet wurde, „weitere Herren in die Organe des Instituts gewählt worden“ seien.¹²⁶ „Universitätsprofessor Dr. W. Däbritz“ wurde auf der gleichen Sitzung ab 1. April 1955 zum „Stellvertretenden Präsidenten“ ernannt. Entscheidend für das nunmehr erfolgte Ausscheiden von Däbritz aus dem aktiven Dienst des Hauses war sein inzwischen fortgeschrittenes Alter.¹²⁷

Nach dem endgültigen Rückzug von Walther Däbritz im Jahr 1955 wurde keine Veränderung in der Führungsstruktur des RWI nötig. Die wissenschaftliche Leitung des Hauses vor Ort fiel nunmehr Wilhelm Bauer zu, der bereits 1950 als Leiter der damals wieder eingerichteten Konjunkturabteilung in das Institut eingetreten war. Die alte Arbeitsteilung zwischen der wissenschaftlichen Arbeit vor Ort – bislang durch Däbritz und nunmehr durch Bauer – und einer eher repräsentativen Präsidenschaft im fernen Köln – früher durch Kuske, jetzt durch Wessels – blieb offenbar vom Wechsel in der wissenschaftlichen Leitung des Instituts gänzlich unberührt.

Wilhelm Bauer wurde am 19. März 1904 in Nürnberg als Sohn des Sanitätsrats Dr. Friedrich Bauer und seiner Ehefrau Elise, geb. Weber, geboren.¹²⁸ Von 1910 bis 1913 besuchte er in Nürnberg zunächst die Volksschule, dann von 1913 bis 1922 das Humanistische Realgymnasium. Nach dem Abitur 1921 nahm er 1922 das Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München auf und setzte es in Leipzig, Innsbruck und Berlin fort, promovierte 1925 in Innsbruck¹²⁹ und beendete seine Studien im folgenden Jahr in Berlin. Dort besuchte er an der Universität ein Seminar von Ernst Wagemann über Geld- und Kreditfragen und Wagemann engagierte Wilhelm Bauer sogleich für sein neu gegründetes Institut für Konjunkturforschung (IfK), das spätere Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Bauer arbeitete dort zunächst als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter, dann als Referent und später, ab 1934, als Abteilungsleiter.¹³⁰ Von 1928 bis 1941/42 gehörte er auch zum Redaktionsteam der Wochenberichte und der Vierteljahreshefte des Instituts und redigierte insbesondere die englischen Ausgaben, solange diese erscheinen konnten.

Von 1938 bis 1945 war Bauer zudem Verbindungsreferent am Wiener Institut für Wirtschaftsforschung und hielt sich deshalb zeitweise auch in Wien auf. Nach Kriegsende war er nur noch halbtags im Berliner Institut tätig, die übrige Zeit arbeitete er für

126 RWWA 28 – 72 – 3, IHK Essen: Schreiben des Präs. Wessels an Dr. Burandt, Hauptgeschäftsführer der IHK Essen.

127 Darauf wies nachdrücklich hin: Essener Tageblatt, Nr. 42 vom 19./20.2.1955.

128 Ein ausführlicher Lebenslauf von Wilhelm Bauer findet sich unter UAK Zug. 667. Weitere Informationen unter UAK Zug. 17/III, Nr. 0164. Zur Person auch bei Schanetzky 2007, S. 72, und Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 1966, S. 480.

129 Thema der Dissertation war: „Die Preislehre Marshalls und Mengers, ein Beitrag zur Dogmengeschichte“.

130 Zum zehnjährigen Dienstjubiläum von Wilhelm Bauer wurde diesem ein von Ernst Wagemann signiertes und mit einer gedruckten Widmung versehenes Exemplar der Festschrift des IfK (Beiträge zur Konjunkturlehre. Festschrift zum zehnjährigen Bestehen des Instituts für Konjunkturforschung, Hamburg 1936) übereignet.

die amerikanische Besatzungsbehörde. Seit August 1948 wurde das zu seiner Haupttätigkeit, was zu seinem Ausscheiden aus dem DIW führte. Diese Beschäftigungsmöglichkeit wurde auch dadurch erleichtert, dass Bauer niemals Mitglied der NSDAP gewesen war und im Spruchkammerverfahren in Gießen als „vom Gesetz nicht betroffen“ klassifiziert wurde.¹³¹ Seine Hauptaufgabe bestand nunmehr in der Durchführung und Auswertung der Berufszählung vom Oktober 1946, insbesondere im Hinblick auf die Probleme der beruflichen Eingliederung der Flüchtlinge. Zum 1. Februar 1950 trat Wilhelm Bauer in das RWI ein und wurde dort zum Leiter der Konjunkturabteilung bestellt.

Für eine Tätigkeit im Rahmen der modernen Konjunkturforschung erschien Wilhelm Bauer besonders geeignet, hatte er sich doch als enger Mitarbeiter Ernst Wagemanns bereits vor Ausbruch des Krieges intensiv mit diesem Thema beschäftigt. In seinem Lebenslauf von 1951 berichtet er über seine Arbeit am DIW.¹³²

Dem Charakter meiner bisherigen Tätigkeit entsprechend habe ich verhältnismäßig wenig Arbeiten unter meinem Namen veröffentlicht. Das Schwergewicht meiner Arbeit lag in den laufenden Berichten und einmaligen Untersuchungen, die in den Veröffentlichungen des Berliner Instituts zum größten Teil anonym erschienen sind. Eine Reihe der zusammenfassenden Konjunkturanalysen dieses Instituts in den Jahren 1934 bis zum Kriegsbeginn stammen aus meiner Feder [...].

Darüber hinaus hatte sich Bauer in zahlreichen Einzelveröffentlichungen mit Fragen des Arbeitsmarktes und der Einkommensentwicklung sowie weiteren aktuellen Problemen in theoretisch anspruchsvoller Weise auseinandergesetzt. Besonders hervorzuheben ist hier eine Arbeit aus dem Jahr 1932, in der Bauer erstmals das Konzept der Marshallschen Nachfrageelastizitäten in einer empirischen Studie umsetzt.¹³³ Insoweit erwies sich der Eintritt von Wilhelm Bauer für das RWI als ein Glücksfall, weil dieser weitaus stärker als die bisherige Leitung des Hauses, die ja eher einer deskriptiv-historischen Arbeitsweise verbunden war, der modernen abstrakt-theoretischen Volkswirtschaftslehre zugeneigt war. Er nahm mit seiner Tätigkeit dort ganz wesentlich Einfluss auf die wissenschaftliche Neuorientierung des Hauses zu Beginn der 1950er Jahre. Über das Ruhrgebiet hinaus widmete sich das Institut nun verstärkt auch gesamtwirtschaftlichen Analysen, die Konjunkturanalyse und -prognose trat als ein neues Arbeitsgebiet hinzu und die regionale Strukturforschung wurde stärker ausgebaut.

Die wissenschaftliche Wertschätzung Wilhelm Bauers fand auch darin ihren Ausdruck, dass er bereits 1952 von der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln mit einem Lehrauftrag zur Konjunkturforschung betraut wurde.¹³⁴ Dieser Lehrauftrag wurde zunächst unbesoldet ausgesprochen, dann aber seit

¹³¹ UAK Zug. 667: Spruchkammerverfahren in Gießen, Juli 1949.

¹³² UAK Zug. 667.

¹³³ Bauer 1932.

¹³⁴ Dabei waren natürlich auch die guten Beziehungen von Kuske und Däbritz zur Kölner Fakultät hilfreich, denn schon im Februar 1951 wurde anlässlich eines gemeinsamen Besuchs mit Däbritz beim Dekan in Köln die Möglichkeit eines Lehrauftrages für „Konjunkturforschung“ besprochen. UAK Zug. 667.

1958 besoldet vergeben und mündete nach Ablauf der notwendigen Frist erfolgreicher Lehrtätigkeit 1961 in die Verleihung einer Honorarprofessur durch die Kölner Fakultät. Die erste Lehrveranstaltung wurde für das Sommersemester 1952 angekündigt und trug den Titel „Hauptprobleme der empirischen Konjunkturforschung“. Mit Schreiben des Landesministers NRW an Wilhelm Bauer vom 19. April 1961 wurde Wilhelm Bauer auf Vorschlag der WISO-Fakultät Köln die Urkunde mit der Ernennung zum Honorarprofessor übersandt. Als Begründung des Vorschlages der Fakultät führte Theodor Wessels aus:

Bauer gehört zu den Vertretern der angewandten Wirtschaftsforschung, die die neuesten Methoden der Wirtschaftswissenschaften in ihren Forschungsstätten zur Anwendung gebracht haben. Herr Bauer hat schon sehr früh bestimmte, in den Vereinigten Staaten entwickelte Methoden in Deutschland verwendet, als einer der ersten hat er in der empirischen Wirtschaftsforschung mit Elastizitätskoeffizienten gearbeitet. Auch die Durchführung volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen im Rahmen der Institutsarbeiten hat er angeregt [insgesamt also eine] beachtliche wissenschaftliche Leistung erbracht.

Eine Studienreise Wilhelm Bauers in die USA im Sommer 1954, an der er im Rahmen seiner Tätigkeit in der „Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute“ teilnahm,¹³⁵ unterstreicht nochmals sein Interesse an der modernen wirtschaftswissenschaftlichen Arbeit, für die man sich von den theoretischen Arbeiten der mittlerweile den europäischen Volkswirten vorauseilenden Kollegen in den USA¹³⁶ vielfältige Anregungen versprach. Seine damals noch längst nicht selbstverständlichen guten Englischkenntnisse waren ihm dabei gewiss hilfreich.

Einen bedeutsamen Schritt im wissenschaftlichen Leben Wilhelm Bauers bildete die Berufung in den Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung (SVR), dessen Gründung 1963 von der Bundesregierung beschlossen wurde und der 1964 seine Arbeit aufnahm.¹³⁷ Bauer war von Beginn an eines der fünf Mitglieder dieses Gremiums, wurde zu dessen erstem Vorsitzenden gewählt und gehörte dem Rat bis zu seinem Tode im Jahr 1974 an.¹³⁸ Auch wenn die wissenschaftliche Arbeit des Sachverständigenrates in den ersten Jahren seiner Existenz ganz wesentlich durch den Saarbrücker Ordinarius Herbert Giersch geprägt war, sollte man die bedeutsame Arbeit Wilhelm Bauers im Hintergrund nicht unterschätzen. Dieser widmete sich insbesondere dem praktischen Aufbau des Rates, seiner Organisation und Fortentwicklung. Wie mühevoll diese Arbeit in Wiesbaden neben seiner Tätigkeit beim RWI in Essen und seiner

135 Mit Schreiben vom 15.4.1954 an den Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln bittet Bauer für das Sommersemester 1954 wegen dieser Reise um Beurlaubung, die ihm in einer Antwort des Dekans vom 22.4. auch gewährt wird. UAK Zug. 667.

136 Zum Rückstand der deutschen Volkswirtschaftslehre gegenüber den angelsächsischen Entwicklungen: Hesse 2010, S. 321–324.

137 Giersch 1995, S. 23–27.

138 Ausführlich dazu: Nützenadel 2005, S. 164 f.

Lehrtätigkeit in Köln war, spiegelt sich in seiner umfangreichen Korrespondenz mit dem Kölner Dekan.

Offenbar waren die Arbeitsbelastungen durch die neue Funktion derartig hoch, dass Wilhelm Bauer seine übrigen Aufgaben deutlich einschränken musste. Ende Dezember 1964 wandte sich der Rektor der Universität zu Köln an den Dekan der WISO-Fakultät mit der Beschwerde, dass Bauer seine Vorlesung mitten im laufenden Semester abgebrochen habe.¹³⁹ Theodor Wessels begründet diese Tatsache mit der außerordentlichen Bedeutung der Tätigkeit Bauers im Sachverständigenrat, durch die eine „Lehrtätigkeit im WS 1964/65 nahezu ausgeschlossen“ sei. „[...] angesichts der Bedeutung, die dem Sachverständigenrat für unsere gesamte Volkswirtschaft zukommt“, sei der Abbruch der Vorlesung völlig gerechtfertigt gewesen.¹⁴⁰ Im Sommersemester 1964 hatte er sich angesichts der Herausforderungen beim Aufbau eines Stabes für den Sachverständigenrat bereits erstmals von seinen Lehrverpflichtungen in Köln beurlauben lassen und Gleiches erbat er sich erneut für das Wintersemester 1966/67.¹⁴¹ Als Grund wurde die Arbeit im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden angegeben, dem der Sachverständigenrat organisatorisch zugeordnet worden war, sowie die Koordination der Arbeit der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, die viel Zeit beanspruchte und zahlreiche Reisen notwendig machte. Bauer bittet dann 1967 erneut darum, seine Vorlesungen erst am 15. November beginnen zu dürfen, weil das Gutachten des Sachverständigenrats „mich in den kommenden Wochen so stark in Anspruch [nimmt], dass ich keine Möglichkeit sehe, gleichzeitig meinen Vorlesungspflichten nachzukommen.“¹⁴² Gerade in den ersten Jahren nach Gründung des SVR war die Arbeitsbelastung von Wilhelm Bauer offenbar derartig hoch, dass man auch im RWI in diesen Jahren wohl häufiger auf seine Mitwirkung verzichten musste. Deshalb wurde er zum 1. Januar 1969 als Wissenschaftlicher Direktor von der wissenschaftlichen Leitung des Instituts beurlaubt, und auch weil eine Personalunion in der wissenschaftlichen Führung des Hauses und der Leitung des Sachverständigenrates hinsichtlich der Unabhängigkeit des Institutes nicht länger angemessen erschien.¹⁴³ Nachdem Norbert Kloten ihm im Vorsitz des Sachverständigenrats gefolgt war, konnte sich Wilhelm Bauer wieder verstärkt seiner Tätigkeit im RWI zuwenden.¹⁴⁴

Die vielfältigen Aufgaben, die Wilhelm Bauer auch außerhalb des RWI übernahm, konnten nicht ohne Auswirkungen auf seine Tätigkeit im Hause selbst bleiben. Dies wurde von Harald Koch, dem stellvertretenden Präsidenten der Fördergesellschaft und langjährigen Weggefährten Bauers im Sachverständigenrat, bei dessen Verab-

¹³⁹ UAK Zug. 667: Schreiben des Rektors an den Dekan der WISO-Fakultät vom 29.12.1964.

¹⁴⁰ UAK Zug. 667: Schreiben Theodor Wessels an den Dekan der WISO-Fakultät vom 28.1.1967.

¹⁴¹ UAK Zug. 667: Schreiben des Dekans Münstermann an den Kultusminister des Landes NRW vom 1.2.1965.

¹⁴² UAK Zug. 667: Schreiben Bauers an den Dekan der WISO-Fakultät vom 9.11.1967.

¹⁴³ Mundorf 1969, S. 3f. Bernhard Filusch wurde daraufhin für die Konjunkturabteilung und Willi Lamberts für die Strukturabteilung des RWI zuständig.

¹⁴⁴ „Sachverständigenrat noch nicht komplett“, in: Handelsblatt vom 13./14. 3.1970.

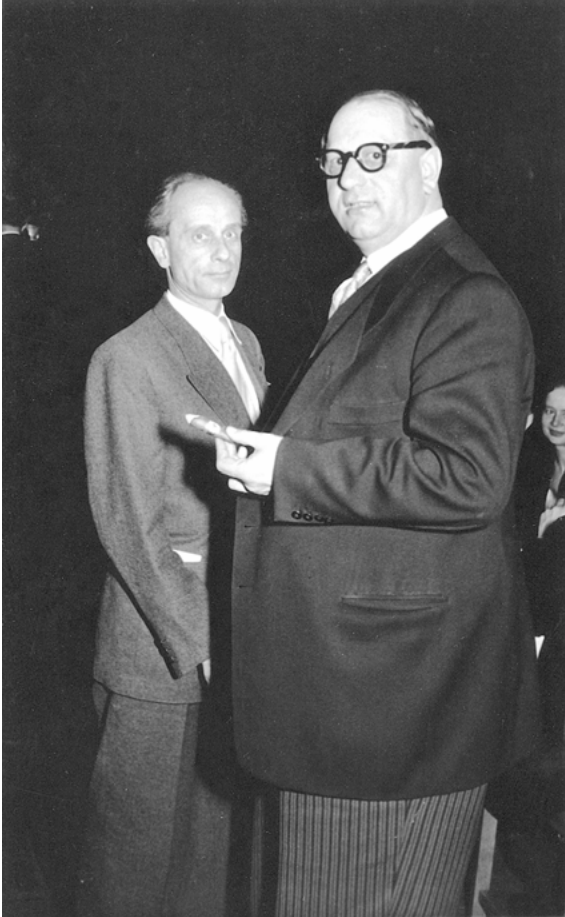


Abb. 7: Wilhelm Bauer (links) und Theodor Wessels

scheidung im Frühjahr 1971 besonders hervorgehoben. Er verweist auf die zahlreichen Sitzungen des Sachverständigenrates, sechzig bis achtzig an der Zahl, die Bauer in den letzten sechs oder sieben Jahren als Vorsitzender hatte leiten müssen und in denen er die streitenden Köpfe immer unter einen Hut gebracht hatte, ohne dass jemals Minderheitsstellungen notwendig geworden wären. In seiner immerhin auch fünfzehn Jahre währenden Amtszeit als wissenschaftlicher Leiter des RWI musste er sich deshalb wohl zunehmend auf die selbständige Forschungstätigkeit seiner Mitarbeiter verlassen und das scheint auch gut funktioniert zu haben. Es verwundert deshalb wenig, dass nach Bauers Ausscheiden aus dem Institut zum 1. März 1971 einige der bisherigen weitestgehend selbständig arbeitenden Mitarbeiter nunmehr an der Leitung des Hauses beteiligt wurden.

5.2.3 Arbeitsschwerpunkte

Über die wissenschaftliche Arbeit im Institut wurde gegenüber den fördernden Institutionen seit Beginn der Fünfzigerjahre regelmäßig Bericht erstattet.¹⁴⁵ Darüber hinaus wurden auch die Reihen und Einzelpublikationen des Hauses, die während des Krieges hatten eingestellt werden müssen,¹⁴⁶ ab Ende der Vierzigerjahre wieder neu belebt und verbreitet. Auf diese Neuerungen verweist auch Walther Däbritz im Jahre 1951:¹⁴⁷

Die [...] bezeichnete Wandlung unseres Arbeitsprogramms hat zu einer Neuordnung unserer Publikationen geführt. Ich verweise auf unsere in größeren Abständen herausgegebenen „Konjunkturberichte“, unsere monatlichen „Mitteilungen“ und unsere monographischen Veröffentlichungen.

Den Beginn einer regelmäßigen Publikationstätigkeit des RWI nach dem Krieg machten im Jahr 1949 die monatlich erscheinenden *Mitteilungen* und die halbjährlichen *Konjunkturberichte*.¹⁴⁸ Letztere waren bereits im Jahr 1929 als *Monatsberichte der Abteilung Westen* des DIW begründet worden. Im August 1951 erschien ein erster Band der neuen *Schriftenreihe*¹⁴⁹ des RWI, in der in unregelmäßigen Abständen unterschiedliche Studien publiziert wurden.¹⁵⁰

Genauere Auskunft wurde auch über die Auftraggeber der einzelnen Forschungsprojekte gegeben. Zu ihnen zählten bereits 1950/51 das ERP-Ministerium,¹⁵¹

145 Vgl. dazu auch weiter oben Kap. 4.3.3 und zum Folgenden: RWI: Verwendungsnachweis für Bundesministerium der Wirtschaft vom 10.10.1951: Übersicht über die im Haushaltsjahr 1950/51 durchgeführten und in Angriff genommenen Arbeiten im Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung.

146 Zu den Publikationen des RWI vor 1945 vgl. ausführlich Rainer Fremdling, Teil I, S. 37–50. Es handelte sich dabei, vermutlich als erstes Arbeitsergebnis, um die erstmals 1928 erschienenen *Wirtschaftszahlen Westen*, die jedoch nicht fortgeführt wurden, um die seit 1927/28 „streng vertraulich“ nur für einen begrenzten Kreis durch das DIW publizierten *Monatsberichte der Abteilung ‚Westen‘* und um die seit 1929 erscheinenden *Konjunkturberichte der Abteilung Westen*.

147 Walther Däbritz, 25 Jahre Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, in: RWI Schriftenreihe, N.F., Nr. 2, S. 7–11, hier S. 10.

148 Konjunkturberichte des Rheinisch-Westfälischen Instituts für praktische Wirtschaftsforschung, Essen, N.F., 1. Jg. (1949/1950). Zunächst jährlich zwei Hefte und ab dem 2. Jg. ohne den Zusatz „praktische“.

149 RWI Schriftenreihe, N.F., Nr. 1: Robert Nieschlag, Der Warenkredit an letzte Verbraucher in Deutschland, Essen 1951.

150 Die Reihe wurde mit der Nr. 84 im Jahr 2013 als gedruckte Publikation eingestellt und danach nur noch in elektronischer Form weitergeführt. Die letzte Ausgabe war: Förderung der lokalen Ökonomie – Fallstudie im Rahmen der Evaluation des Programms Soziale Stadt NRW (U. Neumann, L. Trettin und C. M. Schmidt).

151 Dafür sollten drei Monographien jeweils über Eisen und Stahl, über Kohle sowie – in Verbindung mit dem Energiewirtschaftlichen Institut in Köln – über die Energiewirtschaft erstellt werden.

aber auch das Bundeswirtschaftsministerium,¹⁵² die Landesarbeitsgemeinschaft für Raumforschung in Düsseldorf,¹⁵³ das Sekretariat für Fragen des Schuman-Plans¹⁵⁴ im Auswärtigen Amt, das Wirtschaftsministerium NRW,¹⁵⁵ der Ruhrsiedlungsverband¹⁵⁶ sowie der Westdeutsche Handelskammertag.¹⁵⁷ Die große Zahl und die außerordentliche Vielfalt der externen Forschungsaufträge lassen bereits zu diesem frühen Zeitpunkt die Wertschätzung und Leistungsfähigkeit des RWI nach der Wiederaufnahme seiner Forschungstätigkeiten erahnen. Neben den regelmäßigen Publikationen im Rahmen der *Konjunkturberichte* und der *Mitteilungen* des Instituts sowie der Mitarbeit an der zweimal jährlich vorgelegten *Gemeinschaftsdiagnose* wurden auch wieder eigene Forschungsergebnisse im Rahmen der *Schriftenreihe* des RWI als nicht-periodische Veröffentlichungen publiziert.¹⁵⁸ Ab 1954 legte das RWI anstelle der bisherigen Übersicht über das Geschäftsjahr regelmäßig einen anfänglich noch ähnlich gestalteten einfachen Geschäftsbericht, zunächst in hektographierter Form, vor.¹⁵⁹ Darin wird im Geschäftsjahr 1954 in einer Allgemeinen Vorbemerkung das Selbstverständnis des Hauses klar zum Ausdruck gebracht:

Der Erfolg der Arbeit und das Echo, das sie in der Öffentlichkeit finden, darf als Bestätigung dafür aufgefasst werden, dass sich das Institut mit seinen Arbeiten auf dem richtigen Weg befindet, der am besten als Synthese zwischen der allgemeinen empirischen Konjunkturforschung und der Regionalforschung oder Branchenforschung bezeichnet werden kann, wobei die Probleme der Montanwirtschaft: Kohle und Eisen, im Vordergrund stehen.

Anschließend werden in diesen Arbeitsberichten die Veröffentlichungen der Mitarbeiter des Instituts in den entsprechenden hauseigenen Publikationsorganen und darüber hinaus die zahlreichen nicht veröffentlichten Untersuchungen und die im

152 Hier ging es um insgesamt vier Projekte, nämlich um eine Darstellung des internationalen Eisen- und Stahlkartells, um eine vergleichende Darstellung der Energiewirtschaft in den Marshallplanländern (gemeinsam mit dem DIW), um einen Kostenvergleich der Eisen- und Stahlindustrie in den führenden westeuropäischen Ländern sowie um die Erfahrungen mit der Verbundwirtschaft in der rheinisch-westfälischen Montanindustrie.

153 Hier gab es drei Fragestellungen, die zu beantworten waren: Auswirkungen der Demontagepolitik, des Wasserbedarfs und der Wasserversorgung im Bundesgebiet sowie der Entwicklung des rheinischen Braunkohlenbergbaus.

154 Dafür wurde eine laufende Materialbeschaffung organisiert.

155 Darin ging es um die Bewertung der Exportförderungsmaßnahmen des Landes.

156 Dieser erbat die Abfassung eines Handbuchs über die Ruhrwirtschaft.

157 Die Handwerksabteilung sollte eine Darstellung der Struktur des Handwerks in NRW sowie eine Darstellung des Baugewerbes des Landes liefern.

158 Im Jahr 1953 waren erschienen: RWI Schriften Nr. 005: Paul Wiel, Untersuchungen zu den Kosten und Marktproblemen der westeuropäischen Kohlenwirtschaft (175 Druckseiten) und RWI Schriften Nr. 006: G. Kirsch, Internationale Eisen- und Stahlkartelle (225 Druckseiten).

159 RWWA 28–72–3, IHK Essen. Erstmals „Arbeitsbericht des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung für das Geschäftsjahr 1954“. Diesem ersten folgten jährlich weitere Arbeitsberichte, die den Mitgliedern des Vereins und denen der Fördergesellschaft in maschinenschriftlicher Form zugingen.

Gang befindlichen und geplanten Forschungsarbeiten genannt. Zudem wird darauf verwiesen, dass das Institut über seine wissenschaftliche Arbeit hinaus weitergehende Service-Funktionen, wie etwa „Beratung von Verbänden, Materiallieferungen und Auskünften an einzelne Firmen [oder] Teilnahme an Beratungen der Verwaltung“, ¹⁶⁰ anbietet. Schließlich nahm das RWI nach eigener Aussage auch Funktionen im Rahmen der wissenschaftlichen Ausbildung wahr. Es sah sich durchaus in der Lage, „den Nachwuchskräften jene Kenntnisse und Fähigkeiten zu verschaffen, die ihnen aus naturgegebenen Gründen der Hochschulunterricht nicht vermitteln kann“. ¹⁶¹ Auch im Rahmen der Essener Verwaltungsakademie beteiligte sich das Institut an der „Schulung der Nachwuchskräfte für die Wirtschaft und Verwaltung“. ¹⁶² Alles in allem gibt dieser erste Arbeitsbericht einen beeindruckenden Einblick in die Fülle und Vielfalt der Arbeit des RWI. Eine derartige Berichterstattung wurde regelmäßig bis in die Gegenwart weitergeführt. Anfang der 1950er Jahre gab es für ein wirtschaftswissenschaftliches Forschungsinstitut in der jungen Bundesrepublik offenbar noch viel zu tun und im Hause wurde vieles angefasst! ¹⁶³

In den nun folgenden jährlich verfassten Arbeitsberichten wurde das aufgezeigte Schema der Berichterstattung über die Arbeit im Hause im Wesentlichen beibehalten, zunehmend ergänzt und dem Aufbau des Hauses entsprechend gegliedert. Im Arbeitsbericht 1956 wird mitgeteilt, dass seit Anfang des Jahres die regelmäßigen Publikationen der *Mitteilungen* und der *Konjunkturberichte* um die monatlich erscheinenden *Konjunkturbriefe* erweitert wurden. Die *Konjunkturbriefe* waren in Form und Inhalt zunächst eher persönlich gehalten und deshalb nicht für die allgemeine Öffentlichkeit bestimmt, sondern sie sollten die Mitglieder der Organe des Instituts und seine Förderer rasch und aktuell über die Probleme der konjunkturellen Lage der Wirtschaft informieren. „Ihr eigentliches Anliegen ist, Kontakt und Meinungsaustausch mit den dem Institut besonders verbundenen Persönlichkeiten enger als bisher zu gestalten“ ¹⁶⁴ – so die ursprüngliche Zielsetzung.

In den Arbeitsberichten des Instituts zeichnete sich sehr bald auch eine zunehmende Spezialisierung in der wissenschaftlichen Arbeit des Hauses ab. Diese Arbeitsteilung fand in der Herausbildung einer Konjunkturabteilung einerseits und einer Strukturabteilung andererseits ihren organisatorischen Ausdruck. Demgemäß wurde darauf hingewiesen, dass neben der dauernden Konjunkturbeobachtung verstärkt

160 RWWA 28–72–3, IHK Essen: Arbeitsbericht 1954, S. 5.

161 Ebda., S. 6.

162 RWWA 28–72–3, IHK Essen: Arbeitsbericht 1957, S. 7.

163 Darüber hinaus war im Arbeitsbericht noch die Rede von der Tätigkeit des Instituts, seiner Bibliothek und seiner statistischen Abteilung als Auskunftsstelle und zur Unterstützung Rat suchender Studenten. Auch mit der Volkswirtschaftlichen Vereinigung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sollte die alte Zusammenarbeit wieder aufgenommen werden.

164 RWWA 28–72–3, IHK Essen: Arbeitsbericht 1956, S. 3. 2002 wurde die Publikation der Konjunkturbriefe im Zuge der Neuorientierung der Publikationstätigkeit des Hauses nach Übernahme der Präsidentschaft durch Christoph M. Schmidt eingestellt.



Abb. 8: Mitarbeitende 1962

auch eine laufende Strukturuntersuchung im Hinblick auf die Bedeutung der Montanindustrie an der Ruhr und in der Bundesrepublik insgesamt betrieben wurde: Angestrebt wurde also „eine Synthese zwischen der allgemeinen empirischen Konjunkturforschung und Konjunkturbeobachtung auf der einen Seite und der Erforschung der besonderen Probleme des rheinisch-westfälischen Industriegebietes und der Wirtschaftsbereiche Kohle und Stahl“¹⁶⁵ auf der anderen Seite. Die Berichterstattung über den Kohlenbergbau und die Eisen verarbeitende Industrie wurde demgemäß innerhalb der *Konjunkturberichte* ausgebaut und diejenige über die allgemeine Konjunkturentwicklung „auf eine möglichst knappe Analyse der jeweiligen Lage konzentriert.“

Gegen Ende der 1950er Jahre stieß das RWI in seiner wissenschaftlichen Arbeit offenbar zunehmend an seine durch finanzielle und personelle Ressourcen gesetzten Grenzen.

In der Tätigkeit des Instituts spiegeln sich dabei, so scheint es, Wandlungen die aus dem Bedürfnis der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik nach Unterrichtung eingetreten sind. Mit dem Übergang vom expansiven zum intensiven Wachstum und mit Verlangsamung der allgemeinen Expansion, die damit einhergeht, spielen offenbar auch bei den Unternehmerentscheidungen die länger-

165 RWWA 28–72–3, IHK Essen: Arbeitsbericht 1956/57, S. 1.

fristigen Absatz- und Ertragserwartungen eine immer größere Rolle. Ähnliches gilt für bestimmte Zweige der Wirtschaftspolitik, die sich gleichfalls bemühen, ihre Entscheidungen an den vor-
 aussehbaren längerfristigen Entwicklungen zu orientieren.¹⁶⁶

In dieser Passage kommt zweifelsfrei zum Ausdruck, dass Wirtschaft und Politik im Boom der späten Fünfzigerjahre einen wachsenden Bedarf nach wirtschaftswissenschaftlicher Expertise entfalteten. Hinzu kam, dass das RWI „es als eine seiner vornehmsten Aufgaben betrachtet[e], die Fortschritte der Wissenschaft im Inland und im Ausland laufend zu verfolgen und sich zu eigen zu machen, um mit einem möglichst vollkommenen wissenschaftlichen Instrumentarium an die empirischen Arbeiten heranzugehen, die es für die wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Praxis zu leisten hat.“ Auf die Schwierigkeiten, die einem solchen Ansinnen entgegenstanden, wurde im folgenden Jahresbericht hingewiesen – dass es nämlich nicht immer leicht war, „die anfallenden Arbeiten mit den Arbeitsmöglichkeiten in Übereinstimmung zu bringen, denen durch die finanzielle Situation des Instituts und den Personalbestand enge Grenzen gesetzt [waren].“¹⁶⁷ Man suchte also nach zusätzlichen Ressourcen, um den gewachsenen Aufgaben des Instituts gerecht werden zu können. Dies erschien umso dringlicher, als „das Institut durch die Beteiligung an Diskussionen über die Probleme der Konjunkturpolitik im Rahmen verschiedener Gremien in den letzten 12 Monaten stärker als früher in Anspruch genommen wurde. Diese Tätigkeit betrachtet das Institut als ein nobile officium, dem es mit innerer Befriedigung gerne nachkommt, wenn es auch einen erheblichen Aufwand an Arbeit und Zeit mit sich bringt.“¹⁶⁸ Auch wurde darauf hingewiesen, dass innerhalb der Methoden der Volkswirtschaftslehre zunehmend auch partialanalytische Betrachtungen eine Rolle spielten, deren Anwendung nicht nur umfangreiches zusätzliches statistisches Material, sondern auch moderne Arbeitsweisen der Forscher voraussetzten.

Diese Entwicklung, die das Institut aus der Nische eines regionalen Forschungsinstituts, dem Trend der Zeit folgend,¹⁶⁹ in die Mitte der Arena der wirtschaftspolitischen Diskussion tragen sollte, lässt sich auf der Basis seiner Arbeitsberichte aus den 1950er und 1960er Jahren nur in Umrissen nachzeichnen. Die Hinwendung zur theoretischen Volkswirtschaftslehre, wie das RWI sie verstand, wurde seitens des Hauses positiv bewertet und begrüßt. Vielfältige neue Forschungsaktivitäten wurden auch in der Zusammenarbeit mit anderen Institutionen entfaltet. Das Institut glaubte sich in verschiedenen wissenschaftlichen Gremien, die sich mit den Möglichkeiten einer modernen Wirtschaftspolitik befassten, gut verankert. Dazu zählten Anfang der Fünfzigerjahre die supranationale Mitarbeit im Expertenausschuss für Konjunkturfragen ebenso wie in der Sachverständigengruppe für Strukturprobleme – beide angesiedelt bei der Kommission der EWG – sowie eine Beteiligung in der Sachver-

¹⁶⁶ RWWA 427–23–11, Volks- und Betriebswirtschaftliche Vereinigung: Arbeitsbericht 1957, S. 8.

¹⁶⁷ RWWA 427–23–11, Volks- und Betriebswirtschaftliche Vereinigung: Arbeitsbericht 1958, S. 1.

¹⁶⁸ Ebda., S. 6.

¹⁶⁹ Ausführlich dazu: Nützenadel 2005.

ständigengruppe „Methoden der Vorausschätzung der allgemeinen Wirtschaftsausweitung“ bei der Hohen Behörde in Luxemburg. Natürlich blieb die erfolgreiche Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute und an deren Gemeinschaftsdiagnosen von diesen neuen Aufgaben unberührt. Ganz im Gegenteil, diese Arbeit wurde durch eine Beteiligung des RWI an der Arbeitsgemeinschaft europäischer wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute sogar noch ausgeweitet, denn durch „die wirtschaftliche Integration und die fortschreitende Liberalisierung der Außenwirtschaft sind neue Fragen aufgetaucht, die zusätzliche Anforderungen an die wissenschaftliche Arbeit mit sich bringen“.¹⁷⁰ So etwa auch Problemanalysen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Darüber hinaus erhöhte die Einbindung des Wissenschaftlichen Direktors des RWI, Wilhelm Bauer, als Vorsitzender des neu geschaffenen Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung¹⁷¹ nicht nur das Prestige des Hauses, sondern auch die Arbeitsbelastung im Hause selbst, die von den übrigen wissenschaftlichen Mitgliedern des Instituts mitgetragen werden musste.

Dadurch wurden dem Institut, obwohl zunächst in der rheinisch-westfälischen Wirtschaft mit Fragen konjunktureller und struktureller Natur befasst, nunmehr auch zunehmend neue, gesamtwirtschaftlich orientierte Aufgaben zugewiesen. Der damit verbundene erhöhte Arbeitsaufwand war mit der gegebenen technischen und personellen Ausstattung kaum zu schaffen und Engpässe zeigten sich vor allem in der statistischen Abteilung des Instituts. Eine eigenständige statistische Abteilung, als eine dritte organisatorische Säule des Hauses neben der Konjunkturabteilung und der Strukturabteilung, begann sich zu etablieren. Hinsichtlich der technischen Anforderungen suchte man Kooperationsmöglichkeiten mit den Rechenzentren von IBM in Düsseldorf und von Siemens in Erlangen.¹⁷² Nicht zuletzt auch aufgrund dieser vielfältigen Klagen wurde in den folgenden Jahren die Finanzausstattung des Instituts deutlich verbessert. Der Etat stieg zwischen 1960 und 1970 um mehr als das Dreifache, in etwa von gut 400.000 DM auf über 1,5 Mio. DM, und entsprechend wuchs auch die Zahl der Mitarbeiter.

Gegen Ende der 1960er Jahre wurden die Arbeitsberichte des RWI umfang- und inhaltsreicher. Zudem spiegelte die Untergliederung der Berichte die nunmehr komplexere Organisationsstruktur des Hauses. Die jährlichen Arbeitsberichte begannen jeweils mit einigen Ausführungen zur Konjunkturanalyse und mit Hinweisen auf die vierteljährlich erscheinenden *Konjunkturberichte* sowie auf die Gemeinschaftsdiagnose, verfasst von der Arbeitsgemeinschaft der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute. Darüber hinaus rückten zunehmend Arbeiten in den Vordergrund, die Entwicklungen auf dem Energiesektor betrafen und die gemeinsam mit dem Energiewirtschaftlichen Institut der Universität zu Köln (EWI), dessen Leiter ja RWI-

¹⁷⁰ RWWA 427–23–11, Volks- und Betriebswirtschaftliche Vereinigung: Arbeitsbericht 1958, S. 8.

¹⁷¹ Nicht ohne Stolz wurde 1967 dessen Wiederwahl als Vorsitzender des Gremiums verkündet: RWWA 427–23–11, Volks- und Betriebswirtschaftliche Vereinigung: Arbeitsbericht 1967, S. 7.

¹⁷² RWWA 427–23–11, Volks- und Betriebswirtschaftliche Vereinigung: Arbeitsbericht 1968, S. 7.

Präsident Theodor Wessels in Personalunion war, erstellt wurden. Nach Ausführungen zur Arbeit der Konjunkturabteilung des RWI folgten in den Berichten ebensolche der Strukturabteilung, in denen mehr und mehr regionale und sektorale Probleme des Ruhrreviers eine wichtigere Rolle spielten.¹⁷³ Ein knapper Hinweis auf die Arbeit der Handwerksabteilung bildete zumeist den Abschluss des Berichts über die wissenschaftliche Arbeit im Institut. Ganz am Ende finden sich zudem einige kurze Ausführungen mit dem Titel Sonstige Tätigkeiten des Instituts bzw. ein Anhang, in dem die Publikationen des Jahres angeführt sind.

Aber nicht nur hinsichtlich der Arbeitsvorhaben des RWI, sondern auch über den wissenschaftlichen Standpunkt des Instituts in den aktuellen Fragen der wirtschaftspolitischen Diskussion in der Bundesrepublik finden sich zunehmend Stellungnahmen. Das schien unvermeidlich, weil sich auch in der stetigen Aufwärtsentwicklung der westdeutschen Wirtschaft seit Beginn der 1950er Jahre erste Strukturprobleme und Fehlentwicklungen bemerkbar machten. Dazu zählten wachsende Absatzsorgen im Montansektor, Gefahren für die Stabilität des Preisniveaus und Turbulenzen in den Außenwirtschaftsbeziehungen der deutschen Wirtschaft, die der wissenschaftlichen Arbeit des Instituts neue Aufgaben stellten.

Was die Einschätzung der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland betraf, so hing das RWI einer strikt stabilitätsorientierten Linie an, die der des Sachverständigenrats entsprach, dessen Vorsitzender, Wilhelm Bauer, ja nicht zufällig aus dem eigenen Hause stammte. Preisniveaustabilität erhielt demnach Vorrang vor anderen wirtschaftspolitischen Zielen. In den jährlichen Diskussionen um die Gemeinschaftsdiagnose konnte sich diese von der Einschätzung der übrigen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute häufig abweichende Meinung gelegentlich durch Minderheitsgutachten Gehör verschaffen.¹⁷⁴ Häufiger gelang es aber dem RWI auch, mehrere der übrigen mit der Gemeinschaftsdiagnose befassten Forschungsinstitute auf seine Seite zu ziehen und sie zur Empfehlung verschärfter wirtschaftspolitischer Restriktionen zur Verteidigung des Geldwerts in der Bundesrepublik zu gewinnen.¹⁷⁵ Auch im Hinblick auf die außenwirtschaftliche Absicherung der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland nahm das Institut gegenüber der Bundesregierung 1969 eine kritische Position ein und sprach sich sehr früh für den Übergang zu flexiblen Wechselkursen der DM aus. Diese Position wurde

173 Eine derartige Gliederung spiegelt sich auch in dem knappen Tätigkeitsbericht, den Gregor Winkelmeyer am 7.3.1968 in der Mitgliederversammlung der Fördergesellschaft gab. RWWA: 28–72–3, IHK Essen: Protokoll der Sitzung der Mitgliederversammlung der Gesellschaft der Freunde und Förderer des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 7.3.1968 im Institutsgebäude, Essen, Hohenzollernstraße 1/3.

174 RWWA 427–23–11, Volks- und Betriebswirtschaftliche Vereinigung: Arbeitsbericht 1969, S. 1: „Die Gefahr der anrollenden Preis- und Kostensteigerungswelle wurde nicht überall erkannt. Wir sahen uns deshalb veranlasst, in der Gemeinschaftsdiagnose vom Frühjahr 1969 erneut ein Minderheitsvotum abzugeben [...] und für Restriktionsmaßnahmen zu plädieren.“

175 RWWA 427–23–11, Volks- und Betriebswirtschaftliche Vereinigung: Arbeitsbericht 1970, S. 1.

umso gewichtiger, weil die Aufhebung der Goldeinlöschungspflicht und die Freigabe des Wechselkurses der US-Währung im Jahr 1971 zum Zusammenbruch des Weltwährungssystems von Bretton Woods führten. Allerdings ließ sich das Institut auch durch den folgenden Anstieg des Wechselkurses und den Rückgang der Exporte in seiner strikt stabilitätsorientierten Position nicht beirren und warnte im Gegensatz zu den übrigen Forschungsinstituten vor zu früh ergriffenen wirtschaftspolitischen Unterstützungsmaßnahmen. Man müsse „notfalls auch das Risiko einer Flaute“ eingehen¹⁷⁶ – so die Meinung des Hauses im Jahr 1971. Im folgenden Jahr sah sich das Institut in dieser Einschätzung glänzend bestätigt.¹⁷⁷ Eine langfristige, geradezu prophetische Sicht auf die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung einige Jahrzehnte später (1999) findet sich (schon 1972!) an gleicher Stelle, wenn darauf verwiesen wird, „dass die für eine Währungsunion erforderliche Harmonisierung der Ziele und des konjunkturellen Instrumentariums noch aussteht.“

Die Entwicklungen auf dem Energiemarkt wurden vom Institut gemeinsam mit dem Energiewirtschaftlichen Institut der Universität zu Köln (EWI) durchleuchtet und Prognosen über den erwartbaren Absatz von Steinkohlen zu erstellen versucht. Überhaupt befasste sich die Strukturabteilung des Instituts wesentlich mit der Analyse der „Veränderungen in der Zusammensetzung der volkswirtschaftlichen Nachfrage.“¹⁷⁸ Neben einer Untersuchung der privaten Investitionstätigkeit und der Ausgaben des Staates bildete vor allem auch das Verbrauchsverhalten der privaten Haushalte einen Schwerpunkt der Forschung. Das Institut bediente sich in diesem Feld vornehmlich der Methode einer Input-Output-Analyse und erstellte umfangreiche Verflechtungstabellen zum privaten Verbrauch. „Die noch ausstehenden Exportuntersuchungen hoffen wir im Laufe dieses Jahres in Angriff nehmen zu können“ – hieß es hoffnungsfroh im Jahr 1970.¹⁷⁹ Doch die aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen Westdeutschlands rückten weitere Fragestellungen in den Gesichtskreis der wissenschaftlichen Arbeit des Instituts.

Verbrauchsforschung

Wohl nicht zuletzt auf den Einfluss von Wilhelm Bauer, der ja bereits während seiner Tätigkeit im DIW in Berlin mit Nachfrageelastizitäten gearbeitet hatte,¹⁸⁰ war es zurückzuführen, dass auch das RWI sich sehr früh der Analyse des Nachfrageverhaltens moderner Haushalte zuwandte. Doch auch schon vor dessen Eintritt in das Institut finden sich in den *RWI Schriften* – seit 1951 – zahlreiche Abhandlungen, die sich mit

176 RWWA 427–23–11, Volks- und Betriebswirtschaftliche Vereinigung: Arbeitsbericht 1971, S. 2.

177 RWWA 427–23–11, Volks- und Betriebswirtschaftliche Vereinigung: Arbeitsbericht 1972, S. 1.

178 RWWA 427–23–11, Volks- und Betriebswirtschaftliche Vereinigung: Arbeitsbericht 1970, S. 4.

179 Ebda., S. 5.

180 Wilhelm Bauer, Volkseinkommen, Kriegsfinanzierung und Privater Verbrauch – Eine Bilanz der deutschen Kriegswirtschaft in den letzten 12 Monaten (Referat vom 23.3.1943), in: BA R4701/13655.

dem Verhalten privater Verbraucher beschäftigen.¹⁸¹ Allerdings wurde die dabei verwendete Methode der Elastizitätsberechnungen in Essen zunächst lediglich im Bereich von Preiselastizitäten in Bezug auf Produktion und Handel zum Einsatz gebracht. So wurden im Arbeitsbericht bereits im Jahr 1953 Arbeiten erwähnt, die sich mit der „Bedeutung der Einfuhrelastizitäten für die westdeutsche Handels- und Zahlungsbilanz“ sowie mit „Untersuchungen zur Elastizität der Stahlpreise“ befassen.¹⁸²

In der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur waren mittlerweile die frühen Ansätze des Nachfrageverhaltens privater Verbraucher insbesondere durch die Arbeiten von Richard Stone weiterentwickelt worden.¹⁸³ Sein „Linear Expenditure System“ wurde zur Basis zahlreicher Versuche, das Nachfrageverhalten westlicher Industrienationen empirisch zu untersuchen.¹⁸⁴ Diese Ansätze wurden auch im RWI rezipiert und zur Basis historischer Untersuchungen von Strukturverschiebungen des privaten Verbrauchs in Deutschland gemacht.¹⁸⁵ Aus dem Institut wurde bereits im Jahr 1957 von einer größeren „Untersuchung über die Preis- und Einkommenselastizität des privaten Verbrauchs“ berichtet:

Hier handelt es sich um eine umfangreiche ökonometrische Untersuchung, die zum Ziele hat, einen möglichst klaren Einblick in das Verhalten der Konsumenten zu gewinnen. Das Forschungsgebiet ist heute theoretisch verhältnismäßig gut ausgebaut. Empirischen Arbeiten stellen sich aber große Schwierigkeiten in den Weg, die wohl nur durch die Anwendung elektronischer Rechenverfahren beseitigt werden können.¹⁸⁶

Doch die Schwierigkeiten derartiger Untersuchungen wurden offenbar unterschätzt, denn 1967 hieß es:

Die bereits seit längerer Zeit laufende Untersuchung zum Nachfrageverhalten der privaten Haushalte konnte weiter vorangetrieben werden. Grundlage dieser Analyse ist die vor zwei Jahren [1965] veröffentlichte Studie über die Verflechtungsstruktur des privaten Verbrauchs mit der Lieferstruktur der Branchen. Wir haben mehrere Verhaltensmodelle der privaten Nachfrage mit

181 Bereits RWI Schriften Nr. 001: Robert Nieschlag, Der Warenkredit an letzte Verbraucher, Essen 1951, widmet sich diesem Thema. Ab Mitte der 1960er Jahre wird dann regelmäßig über den privaten Verbrauch berichtet: RWI Schriften Nr. 024: H. Schaefer, Der private Verbrauch nach Herkunft und Verwendung, Essen 1966; RWI Schriften Nr. 031: R. Rau, Der Private Verbrauch in der Bundesrepublik Deutschland, Essen 1971, und RWI Schriften Nr. 035: R. Rau, Ökonometrische Analyse der Ausgabearten des Privaten Verbrauchs – Eine ökonometrische Analyse des Privaten Verbrauchs nach Ausgabearten für die Bundesrepublik Deutschland 1950–1967, Essen 1976.

182 RWWA 28–72–3, IHK Essen: Arbeitsbericht 1953, S. 2.

183 Stone 1954, S. 511–527.

184 Brown/Deaton 1972. Für Deutschland: Steinpaß 1982 und Merz 1980.

185 Rettig 1984.

186 RWWA 28–72–3, IHK Essen: Arbeitsbericht 1957, S. 5. Auch wird 1958 von einer Untersuchung der Elastizität der Nachfrage nach verschiedenen Energiearten berichtet. RWWA: 28–72–3, IHK Essen, Arbeitsbericht 1958, S. 4.

dem empirischen Material getestet; die Ergebnisse sind aber noch nicht zufrieden stellend, so dass die Fertigstellung dieser Arbeit sich etwas verzögert hat.¹⁸⁷

Input-Output-Analysen

Bereits im Jahre 1954 wurde vom RWI ein neues, zukunftsweisendes Forschungsprojekt in Angriff genommen. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hatte das Institut mit der „Prüfung der Möglichkeiten, die sich aus der Input-Output-Rechnung für die Wirtschaftsforschung ergeben“, betraut.¹⁸⁸ Anlass dazu boten insbesondere die Forschungen von Wassily Leontief in den USA, der eine Methode zur Darstellung und Analyse der intersektoralen Verflechtungen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung entwickelt hatte,¹⁸⁹ die gerade im Hinblick auf die Strukturprobleme einer modernen Volkswirtschaft wesentliche neue Erkenntnisse zu vermitteln versprach. Von den entsprechenden Arbeiten des Berliner DIW im Rahmen der NS-Kriegswirtschaft war dem RWI zu diesem Zeitpunkt offenbar nichts bekannt.¹⁹⁰ Das neue Verfahren nahm in den folgenden Jahren einen wachsenden Teil der Arbeit des Instituts in Anspruch und bildete u. a. auch die methodische Basis des „Skandalgutachtens“ von 1985.¹⁹¹ Auch der Aufbau eines „Stahlarchivs“ mit einer Sammlung von Geschäftsberichten und Werks geschichten der wichtigsten Stahlerzeuger des In- und Auslandes sollte diese Unterfangen unterstützen und die empirische Basis einer sektoralen europäischen Input-Output-Tabelle ergänzen.¹⁹² Von einer auf einen längeren Zeitraum angelegten „Untersuchung über die Verflechtung in der Eisen schaffenden Industrie, bei der zunächst die Länder der Montan-Union im Vordergrund stehen“,¹⁹³ lagen erste Ergebnisse bereits 1957 vor.¹⁹⁴

Dieser Bereich entwickelte sich in den folgenden Jahren zu einem Schwerpunkt der wissenschaftlichen Arbeit des Instituts. 1967 heißt es im Arbeitsbericht:

Die Arbeiten im Rahmen der Input-Output-Rechnung werden mit Hilfe der Deutschen Forschungsgemeinschaft fortgesetzt. Die Untersuchungen über die Bauwirtschaft, den Fahrzeugbau, die Textil- und Bekleidungsindustrie und den Sonstigen Bergbau wurden abgeschlossen. Gegenwärtig wird die Absatzstruktur der Nahrungsmittelindustrie, der Industrie der Steine und Erden, der Eisen- und Stahlindustrie und – im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen – der Holzbe- und -verarbeitenden Industrie ermittelt; sodann werden die früher abgeschlossenen

187 RWWA 427–23–11, Volks- und Betriebswirtschaftliche Vereinigung: Arbeitsbericht 1967, S. 3.

188 RWWA 28–72–3, IHK Essen: Arbeitsbericht 1954, S. 5.

189 Bereits 1928 erschien ein erstes Buch auf Deutsch zum Thema: Wassily Leontief, Die Wirtschaft als Kreislauf, Tübingen 1928. 1941 folgte sein grundlegendes Werk: *The Structure of the American Economy*, New York 1952.

190 Fremdling/Staeglin 2014b.

191 Dazu ausführlich weiter unten unter Punkt 6.2.3.

192 RWWA 28–72–3, IHK Essen: Arbeitsbericht 1956/57, S. 1.

193 RWWA 28–72–3, IHK Essen: Arbeitsbericht 1957, S. 5.

194 RWWA 28–72–3, IHK Essen: Arbeitsbericht 1956/57, S. 3.

Arbeiten, in denen die Entwicklung bis zum Jahre 1960 untersucht worden war, bis zum Jahre 1966 fortgeführt.¹⁹⁵

Zwar wurden die Arbeiten an der Verflechtungsmatrix in den Folgejahren fortgesetzt, doch die Deutsche Forschungsgemeinschaft stellte die Finanzierung der Forschungen 1968 ein. Das RWI sprach allerdings die Hoffnung aus, „dennoch Mittel und Wege zu finden, die von uns seit Jahren auf diesem Gebiet durchgeführten Untersuchungen weiterführen zu können.“¹⁹⁶

Die Arbeiten wurden auch in den nächsten Jahren weiterverfolgt und 1981 konnte das RWI berichten, dass es „seit Jahren an einem umfassenden, möglichst viele Teilbereiche und Aktivitätsbereiche der Wirtschaft einschließenden Diagnosesystem“¹⁹⁷ arbeite. Und es heißt weiter: „Die Basis dieser Forschungen bildet ein Input-Output-Modell, das aus jährlichen bis 1962 zurückreichenden institutseigenen Verflechtungstabellen (51 x 51) entwickelt worden ist.“ Um dieses Modell herum bildeten sich dann weitere Untermodelle mit eigenen Verflechtungstabellen, so für den Privaten Verbrauch, für die Staatsnachfrage und den Außenhandel, sodass die Vermutung naheliegt, dass es „in der Bundesrepublik nur wenige Stellen [gibt], die über ein derart breit angelegtes und derart verkoppeltes Datensystem verfügen.“¹⁹⁸

Handwerksforschung

Der Westdeutsche Handwerkskammertag in Düsseldorf hatte Ende der 1940er Jahre beschlossen, die Handwerksforschung zukünftig in sein Arbeitsprogramm aufzunehmen. Das RWI wurde mit der Durchführung dieser Aufgabe betraut und richtete in diesen schwierigen Zeiten, froh um jeden weiteren finanziell unterlegten Auftrag und offenbar dem Motto „wo ein Etat, da ist auch eine Wissenschaft“ folgend, 1950 ein Referat für Handwerkswirtschaft ein,¹⁹⁹ das sich sehr bald zu einer der angesehensten Forschungseinrichtungen des deutschen Handwerks entwickeln sollte. Die Aufgabe des Referats bestand neben der Behandlung struktureller Fragen in der regionalen Entwicklung des Handwerks vor allem in der Konzipierung und Herausgabe regelmäßiger Konjunkturberichte über die Entwicklungen im Handwerk. Die Leitung der Abteilung übernahm Theo Beckermann.²⁰⁰

¹⁹⁵ RWWA 427–23–11, Volks- und Betriebswirtschaftliche Vereinigung: Arbeitsbericht 1967, S. 5.

¹⁹⁶ RWWA 427–23–11, Volks- und Betriebswirtschaftliche Vereinigung: Arbeitsbericht 1968, S. 6. Das gelang wohl auch, denn es erschienen weiterhin Forschungsarbeiten dieses Arbeitsbereichs: RWI Schriften Nr. 28: W. Stürmer, Die Vorausschätzungen von Brancheninvestitionen mit Faktor-Output-Relationen, Essen 1968 und RWI Schriften Nr. 032 N.F.: J. Komarnicki und K. Neuhaus, Der Staatssektor in der Input-Output-Rechnung, Essen 1971.

¹⁹⁷ RWI: Akte Wissenschaftsrat: II. Die forschungsorientierten Aktivitäten des Instituts, S. 1.

¹⁹⁸ Ebda.

¹⁹⁹ RWI 51/40: Theo Beckermann, Das Handwerk im Ruhrgebiet, Essen 1950, Vorwort.

²⁰⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.11.1975 und Handelsblatt vom 6.11.1975.

Die Finanzierung der Abteilung wurde durch den Westdeutschen Handwerkskammertag sichergestellt. Dieser gab nicht nur einen Zuschuss aus eigenen Mitteln, sondern mobilisierte auch eine Unterstützung durch das Wirtschaftsministerium des Landes NRW.

Theo Beckermann wurde am 13. November 1925 in Essen geboren. Nach Schulbesuch, Kriegsdienst und Gefangenschaft konnte er erst spät ein Studium an der Universität zu Köln beginnen. Im Sommersemester 1948 absolvierte er dann dort am 25. Mai die Prüfung zum Diplom-Volkswirt²⁰¹ und bereits im folgenden Jahr wurde er am 2. Juni 1949 mit einer Arbeit mit dem Titel „Das Handwerk im Ruhrgebiet“ zum Dr. rer. pol. promoviert.

Zum 1. Februar 1950 trat Theo Beckermann in seiner Heimatstadt Essen als wissenschaftlicher Referent in das RWI ein. Dort wurde er zum Begründer und Leiter der Handwerksabteilung, einer zentralen Forschungsstätte für das deutsche Handwerk. Zahlreiche bedeutende Arbeiten aus seiner Feder zum Handwerk, insbesondere unter Berücksichtigung der regionalen Bedeutung dieses Gewerbebezweiges für das Ruhrgebiet, wurden dort erstellt.²⁰² Aus dem RWI schied er zum 31. Dezember 1980, nach Erreichung der Altersgrenze, aus. Theo Beckermann verstarb am 11. April 1993.

Eine Untersuchung über das Handwerk im Ruhrgebiet bildete die erste Frucht der neuen Zusammenarbeit. In der Studie wurde deutlich, dass das Ruhrrevier im Vergleich zu anderen deutschen Regionen nur über einen relativ geringen Handwerkerbesatz verfügte, doch die Handwerksfirmen eine wichtige Funktion als Komplementärbetriebe zu den Großunternehmen der Montanindustrie wahrnahmen. Allein das Baugewerbe wies in der Region Formen großbetrieblicher Produktion auf, die sich erst in jüngerer Zeit herausbilden konnten. Die Bauindustrie ist daher zweifellos erst ein Kind des 20. Jahrhunderts, als Beton- und Stahlbau sowie öffentlich finanzierte Infrastrukturmaßnahmen (Straßenbau) eine größere Bedeutung erlangten.²⁰³

Die Aufgaben des Handwerksreferats im RWI konzentrierten sich zunächst aber vor allem auf die Konzipierung und Herausgabe des *Konjunkturberichts* über das Handwerk in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Publikation erschien seit 1953 unter dem Titel *Die Konjunktur im Handwerk*²⁰⁴ und bot eine Gesamtschau der Ent-

201 Das Thema der Arbeit lautete: „Die ländliche Rechts- und Wirtschaftsverfassung und ihre Reform in den ostelbischen Provinzen Preußens“. Freundliche Auskunft des Dekanats der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln.

202 So z. B. Lebensgrundlagen und regionale Struktur des Handwerks in Nordrhein-Westfalen, Essen 1953/54 (Schriftenreihe des RWI, N.F. Nr. 6). In der Schriftenreihe des RWI folgten zahlreiche weitere Veröffentlichungen über das Handwerk, z. B. Nr. 9, 11, 15, 17, 19, 21 der neuen Folge. Auch separate Standardwerke zur Handwerksforschung wurden von ihm verfasst, so: Die Handwerkswirtschaft (1965) und: Das Handwerk im Wachstum der Wirtschaft (1974).

203 RWI 51/41: Theo Beckermann, Die Entwicklung des Rheinisch-Westfälischen Baugewerbes seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Essen 1952.

204 RWI, Sign. P 35 H: I. Jahrgang (1954), ab XII. Jahrgang (1965) als *Konjunkturberichte über das Handwerk* und ab 22. Jahrgang (1975) als *Die Konjunktur im Handwerk*. RWWA 28–72–3, IHK Essen:

wicklung des deutschen Handwerks sowie seiner wichtigsten Branchen im Jahresablauf.²⁰⁵ Hinzu kamen Strukturuntersuchungen über die Rolle des Handwerks in der Gesamtwirtschaft. Überhaupt verlagerte sich der Schwerpunkt der Forschungen des Handwerksreferats von regionalen Aspekten fort zunehmend auf Probleme der Handwerkswirtschaft insgesamt.²⁰⁶ Das äußerte sich auch in einer umfangreichen Publikationstätigkeit der Handwerksabteilung des Instituts. Bereits wenige Jahre nach seinem Eintritt in das RWI trat der Leiter der Handwerksabteilung mit einer ersten Arbeit²⁰⁷ an die Öffentlichkeit, und in unregelmäßigen Abständen folgten zahlreiche weitere Studien.²⁰⁸ Auf der Basis dieser Untersuchungen konnte das Institut dem Handwerk der Region noch 1973 eine „Expansion auf breiter Front“ mit einer deutlich verbesserten Beschäftigungslage attestieren, auch wenn diese Entwicklung von einem überdurchschnittlichen Preisauftrieb begleitet wurde.²⁰⁹

Stahlarchiv

Zu einer Kooperation des RWI, ähnlich der, wie mit dem Deutschen Handwerkskammertag bezüglich der Handwerksforschung vereinbart, kam es auch mit der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie in Düsseldorf. Dabei spielte offenbar auch eine persönliche Komponente eine Rolle, denn die mit dem Aufbau eines Stahlarchivs betraute Referentin in Essen, Gertrud Brüninghaus, war über ihren Vater

Arbeitsbericht 1955, S. 3 und 1956, S. 3 berichten gleichlautend: „Von den jährlichen Berichten über die Konjunkturentwicklung im Handwerk ist termingerecht ein weiteres Heft erschienen“.

205 So z.B. im Jahresbericht 1973: „Handwerk im Zeichen der Expansion auf breiter Front. RWI fürchtet überdurchschnittlichen Preisanstieg“, in: Handelsblatt vom 29.6.1973.

206 Dazu trug gewiss auch bei, dass die Forschungen auf diesem Gebiet durch Zuschüsse des Westdeutschen Handwerkskammertages finanziert wurden. RWWA 28 – 72 – 3, IHK Essen: Arbeitsbericht 1956, S. 6.

207 RWI Schriften Nr. 009: Theo Beckermann, Die Eingliederung von Handwerks- und Einzelhandelsbetrieben in neue Wohngebiete, Essen 1955.

208 RWI Schriften Nr. 011: Theo Beckermann, Landtechnik und Landhandwerk, Essen 1956; RWI Schriften Nr. 015: RWI/Theo Beckermann, Das Handwerk – gestern und heute, Essen 1959; RWI Schriften Nr. 017: Theo Beckermann, Auslese, Wachstum und Differenzierung im modernen Handwerk, Essen 1959; RWI Schriften Nr. 018: R. Schlaghecken, Nahrungsmittelhandwerke und Nahrungsmittelindustrie, Essen 1960; RWI Schriften Nr. 019: Theo Beckermann, Das regionale Bild des Handwerks, Essen 1961; RWI Schriften Nr. 021: Theo Beckermann, Handwerkshandel und Einzelhandel mit technischen Geräten, Essen 1964; RWI Schriften Nr. 022: K. Kaiser, Vor- und Zulieferungen des Metall verarbeitenden Handwerks an die Industrie im Regierungsbezirk Düsseldorf, Essen 1965; RWI Schriften N.F., Nr. 025: N. Kottmann, Das Bekleidungshandwerk in der Bundesrepublik Deutschland, Essen 1966; RWI Schriften Nr. 020: Theo Beckermann und A. Schlaghecken, Einzelhandel und Handwerk 1965 und 1975, Essen 1968; RWI Schriften Nr. 029: A. Schlaghecken, Der ökonomische Differenzierungsprozess im heutigen Handwerk, Essen 1969 und RWI Schriften Nr. 034: Theo Beckermann, Das Handwerk im Wachstum der Wirtschaft – Eine statistische Analyse, Essen 1974.

209 „Handwerk im Zeichen der Expansion auf breiter Front. RWI fürchtet überdurchschnittlichen Preisanstieg“, in: Handelsblatt vom 29.6.1973.

Alfred Brüninghaus,²¹⁰ den Hüttendirektor der Hoesch-Werke in Dortmund, bestens im Ruhrrevier vernetzt. Die Tochter war in der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie (WV) bereits seit 1950 tätig und hatte dort mit der Sammlung archivarischer und statistischer Materialien begonnen.²¹¹ Diese Sammlung sollte in einer gemeinsamen Initiative mit dem RWI ab 1955 als Stahlarchiv systematisiert und ausgebaut werden.

In der Folgezeit sollte die Zusammenarbeit zwischen dem RWI und der Wirtschaftsvereinigung weiter intensiviert werden. Die Beobachtung und Analyse der Entwicklungen im nationalen und internationalen Stahlmarkt entwickelte sich zu einem Schwerpunkt der Studien/Untersuchungen im RWI. In den frühen Arbeitsberichten des Instituts fanden diese Arbeiten unter der Rubrik „Stahlarchiv“ bzw. „Eisen und Stahl“ ausführliche Berücksichtigung und auch die mit diesen Fragen beschäftigten Mitarbeiter meldeten sich mit einschlägigen Beiträgen zum Thema in den Publikationen des Instituts²¹² und mit Gutachten²¹³ regelmäßig zu Wort. Nach dem Wechsel im Präsidium des Hauses 1986 und der Umgestaltung der bisherigen *Mitteilungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung* zu *RWI-Mitteilungen. Zeitschrift für Wirtschaftsforschung* wurde dieser Forschungsbereich mit einer eigenen regelmäßigen Rubrik „Stahlbericht“ besonders hervorgehoben.²¹⁴

Gemeinschaftsdiagnose

Im Rahmen seiner wirtschaftspolitischen Beratertätigkeit spielte das RWI bei der Erstellung einer konjunkturellen Gemeinschaftsprognose/-diagnose durch die fünf wichtigsten wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute der Bundesrepublik

210 Zur Person und Familie: Volz 1930 und 1931.

211 Daraus war auch schon die Publikation der Wirtschaftsvereinigung „Erzwirtschaft der Welt in Zahlen“ entstanden.

212 Gertrud Brüninghaus, Der Außenhandel der EWG-Länder mit Walzwerkerzeugnissen, in: RWI Mitteilungen, 18. Jg. (1967), S. 329–346; Helmut Wienert, Stahlverbrauch und Wirtschaftswachstum – Eine empirische Überprüfung ihres Zusammenhangs von 1950 bis 1984 für die Bundesrepublik Deutschland, in: RWI Mitteilungen, Jg. 35 (1984), S. 293–312; ders., Stahlverbrauch und Wirtschaftswachstum – Regressionsergebnisse für 34 Länder und einige Schlussfolgerungen für die Prognose, in: RWI Mitteilungen, Jg. 36 (1985), S. 147–162; ders., Langfristige Entwicklungstendenzen auf dem Weltmarkt – Bestandsaufnahme, Perspektiven und einige stahlpolitische Folgerungen, in: RWI Mitteilungen, Jg. 37/38 (1986/87), S. 65–84, und ders., Wettbewerbsschwäche oder Normalisierung? Zum Bedeutungsverlust der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie gegenüber inländischen Wettbewerbern seit 1960, in: RWI Mitteilungen, Jg. 46 (1995), S. 23–45.

213 RWI (Hg.), Entwicklungstendenzen der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie, Essen 1994 (Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes NRW, Bearbeiter: Helmut Wienert).

214 Beginnend mit Stahlbericht 1995: Helmut Wienert, Flachstahlerzeugung an der Kapazitätsgrenze, in: RWI Mitteilungen, Jg. 46 (1995), S. 69–92 und Stahlbericht 1996: Helmut Wienert, Erholung setzt sich durch, in: RWI Mitteilungen, Jg. 47 (1996), S. 75–102.

eine bedeutende Rolle.²¹⁵ Eine derartige Prognose wurde erstmals 1950 auf Anregung des Bundeswirtschaftsministers als Kurzbericht²¹⁶ vorgelegt und niemand konnte damals erwarten, dass daraus eine lange Reihe solcher Konjunkturprognosen erwachsen sollte. Aus diesen ersten Vorarbeiten entwickelten sich jeweils zur Jahresmitte und zum Jahresende regelmäßige Konjunkturprognosen der fünf beteiligten Institute, die dann ab 1955 jeweils im April und Oktober vorgestellt wurden. Um dieses bewerkstelligen zu können, wurde von den fünf Instituten ein Arbeitskreis Konjunkturbeobachtung geschaffen. 1952 trat das Hamburger Weltwirtschaftsarchiv als weiteres Mitglied in den Arbeitskreis ein und 1970 schied das Institut für landwirtschaftliche Marktforschung aus dem Kreis aus.

Die Tätigkeit des Arbeitskreises Konjunkturbeobachtung der Arbeitsgemeinschaft der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute²¹⁷ gestaltete sich seit 1950, trotz weiterhin bestehender Differenzen in den wissenschaftlichen Methoden und der wirtschaftspolitischen Ausrichtung der beteiligten Institute, insgesamt recht erfolgreich.²¹⁸ In dieser Aufgabe standen die Institute vor dem Dilemma, dass die Daten, auf denen ihre Diagnosen und Prognosen beruhten, der Lage zeitlich hinterherhinkten. Nur eine Verbesserung der verfügbaren Datenlage und des analytischen Instrumentariums konnte zum Abbau dieser Schwierigkeiten beitragen. Gleichwohl machten die Gemeinschaftsprognosen häufig wichtige Einsichten publik, gaben gelegentlich aber auch Anlass zu Kritik. Im Einzelnen analysierten dabei die Institute aus Kiel und Hamburg im Rahmen einer Arbeitsteilung zwischen den fünf Instituten die weltwirtschaftliche Entwicklung und boten dabei wenig Zündstoff. Anders bei der Analyse der Binnenkonjunktur, der sich die „großen Drei“ widmeten: Zwischen den Instituten in Berlin, München und Essen ergaben sich häufiger Differenzen in der Einschätzung der Lage.

Alle drei Institute veröffentlichten nämlich gesonderte Untersuchungen über die Konjunkturlage, die z.T. deutlich voneinander abwichen und auf deren Basis sie dennoch eine einheitliche Studie erarbeiten mussten. Die divergierenden Auffassungen beruhten nicht zuletzt auch auf einer unterschiedlichen Methodik, aus der eine gewisse „Polarität“ Berlin gegenüber München folgte. Das DIW in Berlin argu-

215 Döhrn/Filusch 2016. Knapp dazu auch Schanetzky 2007, S. 61–63. Die beteiligten Institute waren zunächst: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Berlin), Institut für landwirtschaftliche Marktforschung (Braunschweig-Völkenrode), Institut für Weltwirtschaft (Kiel), Institut für Wirtschaftsforschung (München) und das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (Essen).

216 Dem war im April des gleichen Jahres eine Untersuchung mit dem Titel „Lebensfähigkeit und Vollbeschäftigung“ als eine gemeinsame Arbeit der Institute in Kiel, Berlin und Essen sowie des Bremer Ausschusses für Wirtschaftsforschung vorangegangen. Vgl. auch zum Weiteren Döhrn/Filusch (2016), S. 13.

217 Zur Arbeitsgemeinschaft vgl. auch Hesse 2016, S. 420 f.

218 Darüber berichtet Hermann Bössenecker, „Konjunkturforscher sind sich nicht immer einig. Für die Gemeinschaftsdiagnose brauchen die Institute mehr Hilfe der Statistik“, in: Die Welt vom 6.12.1966.

mentierte sehr stark auf der Basis der aufgefächerten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, während das Münchener ifo-Institut demgegenüber in seinen individuellen Befragungsdaten über Konjunkturerwartungen und Investitionsplanungen der unternehmerischen Akteure eine wesentliche Informationsbasis sah. Dem Essener Institut kam eine vermittelnde Stellung zu und deshalb gelang es dem Arbeitskreis zumeist auch, eine gemeinsame Stellungnahme zu erarbeiten. Konjunkturprognosen, die sich auch als unzutreffend erweisen können, bleiben ein schwieriges Geschäft und Mut zum Risiko ist nach wie vor notwendig. Die Datenlage bleibt immer unvollkommen, die Aussagen sind an bestimmte Bedingungen geknüpft, die sich sehr schnell ändern können, und es gehen Wertungen und Zielpräferenzen in die Vorausschau mit ein. Dennoch: Eine Alternative zeichnet sich nicht ab.

Auch die öffentliche Wahrnehmung der Gemeinschaftsdiagnose und der Arbeit der Institute spiegelte die Hochschätzung der Tätigkeit des Arbeitskreises Konjunkturbeobachtung. Im Februar und März 1977 widmete die *Frankfurter Rundschau* (FR) den deutschen Wirtschaftsforschungsinstituten eine Artikelserie.²¹⁹ Zwar habe sich das Jahr 1976 als ein „Jahr der Fehlprognosen“ erwiesen, gleichwohl wird der Gemeinschaftsprognose der Institute generell eine große Bedeutung für die Orientierung von Wirtschaft und Politik zugesprochen. Deshalb erscheint auch die Finanzierung der Arbeit aus Steuermitteln, vornehmlich des Bundes, gerechtfertigt, zumal die Arbeit der zumeist als eingetragene Vereine operierenden Forschungsinstitute einer öffentlichen Finanzkontrolle unterliegt. Das RWI wird in dem ihn betreffenden Beitrag²²⁰ als „Mahner der Gewerkschaften“ apostrophiert und mit dieser Position als ein „Außenseiter“ innerhalb der Gemeinschaft der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute charakterisiert. Bei der Erstellung der Gesamtdiagnose melde sich das RWI als kleinstes der beteiligten Institute,²²¹ wie z. B. im Frühjahr und Herbst des Jahres 1976, mit einem Minderheitsvotum zu Wort, zeige sich weniger optimistisch hinsichtlich des zukünftigen Konjunkturverlaufs, warne vor zu hohen Löhnen und mahne höhere Gewinne zur Finanzierung von Investitionen an.

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) wollte offenbar der *Rundschau* nicht nachstehen und brachte im Herbst des Jahres 1977 ebenfalls eine Artikelserie mit leicht veränderter Fragestellung über die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungs-

219 Ein einführender Artikel „Wer ist wer?“ vom 22.2.1977 gibt Auskunft über Arbeitsweise und Finanzierung der Institute. Es folgen fünf Beiträge über die an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Institute in Berlin, München, Kiel, Essen und Hamburg sowie darüber hinaus auch ein Beitrag über das internationale Battelle-Institut („Weltweit und interdisziplinär“ vom 1.3.1977), das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes WSI in Düsseldorf („Denkfabrik der Gewerkschaften“ vom 1.3.1977) und das arbeitgebernahe Institut der Deutschen Wirtschaft IW in Köln („Berater der Bosse“ vom 3.3.1977).

220 Frankfurter Rundschau vom 24.2.1977.

221 Im Jahr 1977 verfügte das Institut lediglich über 70 Mitarbeiterstellen, von denen die Hälfte (35) durch Wissenschaftler besetzt war. Das DIW, als größtes Institut und als „Meister der Matrix“ benannt, verfügte demgegenüber über 173 Mitarbeiterstellen, von denen 84 Personen wissenschaftlich arbeiteten. Frankfurter Rundschau vom 23.2.1977 und vom 24.2.1977.

institute in der Bundesrepublik.²²² Nunmehr standen nicht mehr deren prognostische Fähigkeiten, sondern ihr unmittelbarer Nutzen für die deutschen Unternehmer im Vordergrund. Die Serie begann im „Blick durch die Wirtschaft“ am 5. Oktober 1977 mit einem Beitrag über das ifo-Institut in München.²²³ Was das RWI betraf, so verwies der entsprechende Artikel²²⁴ erneut darauf, dass das Institut durch sein Beharren auf einer abweichenden Meinung gegenüber den übrigen Forschungsinstituten in jüngster Zeit große öffentliche Aufmerksamkeit erregt habe. Im Jahr 1976 war das RWI der Gemeinschaftsdiagnose nicht beigetreten und für 1977 hatte es ein Minderheitsvotum abgegeben, das sich als weitaus zutreffender als die Gemeinschaftsdiagnose herausstellte.²²⁵ Tatsächlich sei die „Mehrheit der Institute zu optimistisch gewesen“ und eine „Überforderung der Unternehmer durch steigende Lohnkosten“ drohe. „Angesichts der Gefahr zunehmend wachsender Arbeitslosigkeit sollten die Lohnerhöhungen im nächsten Jahr weitaus niedriger sein als im Jahr 1976“ – so das RWI.²²⁶

Die Leitung des Arbeitskreises oblag zunächst als „Federführende“ den Vertretern der Institute in Berlin, Essen und München, später traten Mitarbeiter aus Kiel und Hamburg hinzu. Finanziert wurde die Arbeit durch Zuweisungen des Bundes, denn die Diagnosen wurden ja im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft erstellt. Deshalb bildete die Wahrung der wissenschaftlichen Unabhängigkeit des Arbeitskreises ein Problem, zumal ihm mit der Bildung des „Sachverständigenrates“ Mitte der 1960er Jahre eine Konkurrenz erwuchs, der eine gesetzliche Garantie der Unabhängigkeit²²⁷ gewährt worden war, die es für den Arbeitskreis nicht gab. Darüber hinaus waren einige der Präsidenten der beteiligten Wirtschaftsforschungsinstitute parteipolitisch gebunden und z.T. sogar Abgeordnete des Deutschen Bundestages²²⁸ bzw.

222 Neben den fünf an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Häusern wurde auch hier das IW der Arbeitgeberverbände in Köln (10.11.1977) und das WSI der Gewerkschaften in Düsseldorf (17.11.1977) mit vorgestellt.

223 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5.10.1977, in: Blick durch die Wirtschaft: „Absatzplanung mit Datenbank. Was leisten die Forschungsinstitute für die Unternehmen?/Das Ifo-Institut (1)“.

224 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3.11.1977, in: Blick durch die Wirtschaft: „Der Mut zu unbequemen Wahrheiten. Was leisten die Forschungsinstitute für die Unternehmen?/Das RWI in Essen (5)“.

225 Das Gemeinschaftsgutachten war von einer realen Wachstumsrate des Sozialprodukts von 5,5 Prozent ausgegangen, das RWI wollte lediglich 3, allenfalls 4 Prozent konzedieren und den erwarteten Zuwachs von 0,5 Prozent bei der Beschäftigtenzahl sah es ebenfalls als nicht gesichert an.

226 Ansonsten wurden neben der Konjunkturprognose auch die übrigen Forschungstätigkeiten des RWI kurz erwähnt. Es handelte sich dabei um Investitionsprognosen auf Branchenebene, um internationale Analysen, eine Strukturbeobachtung der Ruhrindustrie (als Vorarbeiten zu einer später geplanten Strukturberichterstattung), die Entwicklung von Input-Output-Modellen auf regionaler Basis sowie den Aufbau eines Konjunkturmodells für die Bundesrepublik.

227 Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, § 1, Abs. 3.

228 So waren der Präsident des Kieler Instituts, Baade (1949–1965), und des Berliner DIW, Friedensburg (1952–1965), parteigebundene Mitglieder des Deutschen Bundestages.

zeitweilig als Staatssekretäre²²⁹ in die Regierungsverantwortung eingebunden. Dies tat aber offensichtlich der Arbeit des Arbeitskreises keinen Abbruch und die Gemeinschaftsdiagnosen enthielten gelegentlich durchaus konträre Stellungnahmen gegenüber der Position der Bundesregierung.²³⁰ Bereits in der Übersicht über das Geschäftsjahr 1952/53 konnte das RWI stolz berichten: „Das Essener Institut hat sich im Rechnungsjahr 1952/53 maßgebend an der sog. Gemeinschaftsdiagnose beteiligt.“ Für die Wirtschaftspolitik wie auch für die Unternehmen und die interessierte Öffentlichkeit in der Bundesrepublik bildeten diese Diagnosen, die bis in die Gegenwart fortgeführt werden,²³¹ einen wichtigen Orientierungsrahmen für die jeweiligen Planungen und das Handeln.

5.3 Wirtschaftswissenschaften und Wirtschaftspolitik, 1952 – 1974

Das allgemein bestaunte deutsche „Wirtschaftswunder“ verdankte nicht zuletzt auch dem „Wunder der Wirtschaftswissenschaften“,²³² so die spezifische Wahrnehmung der Entwicklung des Faches, seinen Erfolg und das Bundeswirtschaftsministerium wurde gar zur magischen „Zentrale des Wirtschaftswunders“ erhoben.²³³ Die „Stunde der Ökonomen“²³⁴ schien gekommen und eine wissenschaftlich fundierte Wirtschaftspolitik wurde gleichsam zum Patentrezept für das politische Handeln in der Bundesrepublik Deutschland gemacht.²³⁵ Allerdings wurde die „keynesianische Revolution“ in der Bundesrepublik gemessen an den USA nur verzögert vollzogen, denn hier bestimmten bis in die Sechzigerjahre hinein neben dem Keynesianismus immer auch noch preistheoretische und ordnungspolitisch geprägte Konzeptionen die wirtschaftspolitischen Empfehlungen und das wirtschaftspolitische Handeln.²³⁶ Dafür stand in erster Linie noch der „Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft“, als erster derartiger Beiräte geschaffen, dessen Arbeit ganz wesentlich weite Teile der Wirtschaftsordnung in der jungen Bundesrepublik prägte.²³⁷ Auch hier spielten mit Theodor Wessels als einem Gründungsmitglied in der frühen Phase der

229 Es handelte sich dabei um Klaus Dieter Arndt (1967–1970) vom DIW und um Karl Maria Hettlage (1967–1969) vom ifo-Institut.

230 Döhrn/Filusch (2016), S. 18; so etwa hinsichtlich einer Aufwertung und der Frage der Flexibilisierung des Wechselkurses der D-Mark Ende der 1970er Jahre.

231 Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2016a und 2016b.

232 Neumark 1980, S. 241.

233 Siegmund Chabrowski, „Die Zentrale des Wirtschaftswunders“, in: Die Zeit, Nr. 22 vom 31.5.1963, S. 31f.

234 Nützenadel 2005.

235 Hesse 2016 und allgemein: ders. 2010.

236 Sievert 2003, S. 34f. Die Historische Schule der Deutschen Nationalökonomie hatte hingegen Einfluss auf das Denken in den Wirtschaftswissenschaften eingebüßt. Vgl. dazu weiter oben Punkt 4.4.

237 Hesse 2016, S. 400–418.

Entwicklung der Bundesrepublik und später mit Hans Karl Schneider Persönlichkeiten eine bedeutende Rolle, die eng mit dem RWI verbunden waren. Mit Gründung des Sachverständigenrates Mitte der 1960er Jahre trat ein konkurrierendes wirtschaftspolitisches Gremium auf den Plan, das allerdings einer aktuellen Wirtschaftsanalyse den Vorzug gab, während der Beirat in einer gewissen Arbeitsteilung eher eine grundsätzlichere wirtschaftswissenschaftliche Analyse zu geben bestrebt blieb.²³⁸ Bestimmte strukturelle Eigentümlichkeiten des Wissenschaftlichen Beirats, wie eine begrenzte Mitgliederzahl, Kooptation auf Lebenszeit und ehrenamtliche Tätigkeit, trugen dazu bei, die Bedeutung dieser Institution im Rahmen der wirtschaftspolitischen Diskussion zu schwächen.

Mit der Übernahme des Bundeswirtschaftsministeriums durch Karl Schiller wurde der damals neu geschaffene Sachverständigenrat, „infiziert vom Machbarkeitsglauben was die Konjunktursteuerung anbetraf“, deutlich aufgewertet und die „Steuerbarkeit der Konjunktur durch den Staat quasi zur Glaubensgewissheit“. Neben den Wissenschaftlichen Beirat des Bundesministeriums für Wirtschaft, der sich als „Professorensseminar“ eher den grundsätzlichen Fragen der Wirtschaft verbunden fühlte, und den Wirtschaftsforschungsinstituten, die „für die Darstellung und Analyse des konkreten ökonomischen Datenkranzes der Wirtschaftspolitik“ zuständig waren, trat 1964 mit dem Sachverständigenrat gleichsam der „Aufsichtsrat der deutschen Wirtschaftspolitik“.²³⁹

Die folgenden Jahre in der deutschen Volkswirtschaftslehre waren, den angelsächsischen Vorbildern folgend, geprägt vom Siegeszug des Keynesianismus.²⁴⁰ Die Rezeption der Keynes'schen Theorie erfolgte in Deutschland allerdings in einer eigentümlichen Weise, längst nicht flächendeckend, sondern in wenigen wissenschaftlichen Zentren und auch dort nicht vollständig, sondern eher selektiv.²⁴¹ Das Keynes'sche System wurde, seiner dynamischen Elemente entkleidet, in der bundesdeutschen Volkswirtschaftslehre allein als ein Instrument einer komparativ-statischen Gleichgewichtsanalyse (miss-)verstanden.²⁴² Neben Erich Schneider in Kiel waren vor allem Andreas Paulsen in Heidelberg und Heinz Sauermann entscheidend daran beteiligt, den Keynes'schen Ansatz als Basis einer „neuen Wirtschaftslehre“, der „modernen Wirtschaftstheorie“, zu verankern.²⁴³ Eine in Deutschland auch da-

²³⁸ Ebda., S. 408.

²³⁹ Hesse (2016, S. 427) beschreibt die Expertisen des Beirats als „mehr abstrakt-theoretisch und ordnungspolitisch“ orientiert.

²⁴⁰ Ausführlich dazu: Nützenadel 2005 und Hesse 2010, S. 287–303.

²⁴¹ Scherf 1970 und ders. 1980, S. 49–61.

²⁴² Dazu hat die einseitige Interpretation des Keynes'schen Werkes durch Hicks 1937, insbesondere durch die Formalisierung eines IS/LM-Modells, m. E. wesentlich beigetragen.

²⁴³ Hesse (2010, S. 290 f.) verweist zudem auf Sauermanns Kollegen Fritz Neumark und Hans Peter in Tübingen.

mals durchaus vernehmbare Kritik am Keynesianismus wurde von Erich Schneider vehement zurückgewiesen.²⁴⁴

Die von Keynes vorgelegte funktionale Analyse der volkswirtschaftlichen Aggregate auf den Arbeits-, Güter- und Geldmärkten begründete ein Totalmodell, das eine gesamtwirtschaftliche Betrachtung des Wirtschaftsprozesses zuließ und damit auch ein neues Verständnis staatlicher Wirtschaftspolitik bewirkte. In seiner naivsten Form erschien nunmehr die moderne Volkswirtschaft als eine Maschine, wie sie der Neu-seeländer A. W. H. Phillips um 1950 tatsächlich in nächtelanger Tüftelei mit handwerklichem Geschick konstruiert hatte und in der der volkswirtschaftliche Zusammenhang als ein physikalisch-exakter Zusammenhang erschien.²⁴⁵ Ganz so naiv operierte die auf der Keynes'schen Analyse gegründete neue Wirtschaftspolitik zwar nicht, aber ihr Glaube an die Gestaltbarkeit von Wachstum und Konjunktur, die Hoffnung auf das „Ende der Konjunkturen“, wie es euphemistisch hieß, schien wohl begründet. Dem Staat fiel in diesem neuen Szenario nunmehr eine entscheidende Rolle zu und dieser war auf die fachliche Expertise der Ökonomen angewiesen. Wirtschaftsforschung und Politikberatung wurden für die bundesdeutsche Volkswirtschaftslehre zu einer wichtigen Aufgabe: Die „Stunde der Ökonomen“ hatte geschlagen. Für die Wirtschaftsforschung und für das RWI war eine derartige Aufgabe allerdings nicht gänzlich neu. Neu waren allenfalls die theoretische Basis der Arbeit und der Anspruch, mit dem die wissenschaftliche Expertise gehandelt wurde.

Entscheidend für die Durchsetzung des keynesianischen Paradigmas in der bundesdeutschen Volkswirtschaftslehre und der Wirtschaftspolitik blieb die Gründung des Sachverständigenrats.²⁴⁶ Wie schon die Umstände des Zustandekommens einer Gemeinschaftsdiagnose der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute veranschaulicht haben, wurde bereits in den 1950er Jahren auch in Deutschland über eine verbesserte wissenschaftliche Beratung der Wirtschaftspolitik diskutiert.²⁴⁷ Zunächst hatte man dabei an die Begründung eines Bundeswirtschaftsrates gedacht, der in Anlehnung an den in der Weimarer Reichsverfassung vorgesehenen Reichswirtschaftsrat mit Vertretern aller gesellschaftlich relevanten Gruppen, namentlich der Gewerkschaften und Unternehmer, zusammengestellt werden sollte. Doch dieses Vorhaben scheiterte an verfassungsrechtlichen Bedenken, weil für ein derartiges Gremium im Staatsgefüge, wie es das Grundgesetz der Bundesrepublik umrissen hatte, kein Platz vorgesehen war.

²⁴⁴ Schneider 1952 und ders. 1953.

²⁴⁵ Hesse (2010, S. 10 f.) mit einer bildlichen Darstellung dieser kuriosen Maschine.

²⁴⁶ Hesse 2016, S. 427–435 und Glöckler 2003.

²⁴⁷ Umfassend zum Sachverständigenrat und Basis der folgenden Ausführungen: Nützenadel 2005, S. 152–176, und Schanetzky 2007, S. 64–81 und S. 152–176.

Erste Vorschläge waren bereits 1956 vom Wissenschaftlichen Beirat im Bundesfinanzministerium gemacht und dort insbesondere durch Karl Schiller²⁴⁸ als Mitglied dieses Gremiums unterstützt worden.²⁴⁹ 1958 wurden dann entsprechende Pläne im Auftrag des Wirtschaftsministers durch Wilhelm Kromphardt, Erich Preiser und Heinz Sauermann erstmals ausführlich diskutiert²⁵⁰ und daraufhin 1962 eine entsprechende Initiative im Bundeskabinett gebilligt. Im gleichen Jahr griff der Bundestag sie auf und brachte einen entsprechenden Gesetzentwurf im Plenum ein.

Ein alternatives Modell²⁵¹ eines wirtschaftspolitischen Beratergremiums wie das des US-amerikanischen Council of Economic Advisors wurde zwar als Vorbild erörtert, jedoch verworfen.²⁵² In den USA war bereits zuvor ein eher politikfernes Expertengremium geschaffen worden, das den Vorstellungen deutscher Wirtschaftswissenschaftler weit eher entsprach als ein partei- und verbandspolitisch dominierter Bundeswirtschaftsrat. Auch der Bundeswirtschaftsminister hätte sich wohl mit einem derartigen Vorschlag anfreunden können. Ihm ging es vor allem um eine Unterstützung seines nicht unumstrittenen marktwirtschaftlichen Kurses. Dafür suchte er für die entsprechende, 1958 aus dem Umfeld des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) gestartete Initiative Beistand bei den Gewerkschaften und den Wirtschaftsverbänden. Eine umfassende, makroökonomisch orientierte Wachstums- und Stabilisierungspolitik könne durch regelmäßige Expertenberichte, die sich an den Zielen der Preisstabilität, der Vollbeschäftigung und des Wirtschaftswachstums ausrichteten, nur profitieren.²⁵³

Gegen einen vorläufigen Gesetzentwurf wurden jedoch sogleich schwerwiegende Einwände im Wirtschaftsministerium geäußert, aber auch seitens der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute und des Statistischen Bundesamtes wurden Bedenken laut. Ebenso erhob der Bundeskanzler Einspruch und er untersagte seinem Minister im Mai 1958 kurzerhand, das Vorhaben weiterzuverfolgen. Es mussten erst vier weitere Jahre vergehen und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mussten sich entscheidend verändern, bis 1962 der Wirtschaftsminister das Vorhaben erneut aufgreifen konnte. Angesichts der sich nunmehr abzeichnenden völligen Überhitzung der Konjunktur und der dringlichen Empfehlung zum Übergang zu einer kontraktiven Wirtschaftspolitik seitens der Deutschen Bundesbank suchte der Minister Rat, um die Haushalts- und Steuerpolitik des Bundes den gegebenen Bedingungen anzupassen.

248 Karl Schiller, „Der Boom und seine Bändigung. Die Aufgabe eines stetigen wirtschaftlichen Wachstums bei Vollbeschäftigung und stabilen Preisen ist heute noch lösbar“, in: *Die Zeit*, Nr. 25 vom 21.6.1956, wiederabgedruckt in: ders. 1964.

249 Tietmeier 2003, S. 24.

250 Ott 1988.

251 Zu diesem und weiteren Modellen (Frankreich, Niederlande) wirtschaftspolitischer Beratung siehe auch: Herzog 2014, S. 30 – 33.

252 Wallich 1963.

253 Eine Darstellung von Versuchen zur Schaffung eines entsprechenden Beratergremiums seit den 1950er Jahren bei Helmstädter 1988.

Dazu schien ihm ein Sachverständigenrat äußerst geeignet und bereits am 13. August 1963 wurde ein entsprechendes Gesetz verabschiedet. Im parlamentarischen Verfahren wurden zwar einige Veränderungen vorgenommen – so ersetzte z.B. das Vorschlagsrecht des Bundes das ursprüngliche Kooptationsverfahren des Gremiums, ein Verbot direkter Politikempfehlungen kam hinzu und auch vermögens- und verteilungspolitische Aspekte wurden in den Aufgabenkatalog aufgenommen; insgesamt aber war ein unabhängiges Gremium mit einer starken Stellung in der wirtschaftspolitischen Diskussion geschaffen, die der Sachverständigenrat in den folgenden Gutachten auch weidlich ausnutzte.²⁵⁴

Nachdem sich der Sachverständigenrat im Frühjahr 1964 konstituiert hatte, entwickelte sich Herbert Giersch, der junge Professor aus Saarbrücken, schnell zum „spiritus rector“ und Wilhelm Bauer, der Vorsitzende des Rats und Wissenschaftliche Direktor im RWI, trat ihm hilfreich zur Seite.²⁵⁵ Der erste Zusammentritt des Rates war allerdings bereits von Misstönen begleitet, weil zeitgleich seine Kritiker in den CDU-Sozialausschüssen einen Vorschlag zur Errichtung eines Bundeswirtschafts- und Sozialrates einbrachten, in dem die Sozialpartner als Interessenvertreter eine weitaus gewichtigere Rolle, quasi als Nebenregierung und Nebenparlament, einnehmen sollten als die ökonomischen Experten des Sachverständigenrates.²⁵⁶

Schon das erste Gutachten vom 15. November 1964 „Stabiles Geld – Stetiges Wachstum“ wurde in Bonn als ein „Paukenschlag“ wahrgenommen, denn darin wurde ganz offen für eine Freigabe der Wechselkurse plädiert, um mit einer Aufwertung der D-Mark der durch die gewaltigen Exportüberschüsse „importierten“ Inflation Einhalt zu gebieten. So hatte sich die Regierung die Arbeit des Rates nicht vorgestellt, denn nunmehr war ihre an fixen Wechselkursen orientierte Wirtschaftspolitik selbst in die Kritik geraten. Doch in der folgenden Auseinandersetzung fand die Position des Sachverständigenrates nicht nur bei der SPD und den Gewerkschaften Unterstützung, sondern auch ein beachtlicher Teil der Volkswirte folgte dieser Argumentation. Das RWI entwickelte sich in dieser Kontroverse sehr bald zu einem glühenden Verfechter der Forderung nach flexiblen Wechselkursen und sein wissenschaftlicher

254 Ott 1988.

255 Zur Zusammensetzung des Gremiums vgl. „Wissenschaftler und Praktiker als Ratgeber. Wichtige Aufgaben für die Mitglieder des Gutachtergremiums“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.2.1964. Die Suche nach den fünf Mitgliedern des ersten Sachverständigenrats erwies sich als schwierig und nahm fünf Monate in Anspruch und die vielfältigen organisatorischen Aufgaben würden ein Gutachten im Jahr 1964 wohl noch verhindern, vgl. Fritz Ullrich Fack, „Wächter über Währungsstabilität und Wirtschaftswachstum. Die Mitglieder und die Aufgaben des neuen Gutachtergremiums“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.2.1964. „Der Sachverständigenrat ist berufen. Drei Professoren, ein Landesminister a. D. und ein Staatssekretär a. D.“, in: Handelsblatt vom 17.2.1964. „Die fünf Wirtschafts-Gutachter. Theoretiker und Praktiker im Gremium der unabhängigen Sachverständigen“, in: Süddeutsche Zeitung vom 18.2.1964 und „Gutachter-Gremium kann arbeiten. Erster Bericht muss im November vorliegen“, in: Die Welt vom 17.2.1964.

256 Klaus Bernhardt, „Ein gefährlicher Vorschlag“, in: Handelsblatt vom 2.3.1964.

Leiter, Wilhelm Bauer, hatte diese Position auch nach außen zu vertreten.²⁵⁷ Er sah 1968 „Zielkonflikte in der Konjunkturpolitik“²⁵⁸ vor allem im Hinblick auf die Erreichung der Geldwertstabilität und eine Lösung dieses Dilemmas in einer besseren Koordination der Finanz- mit der Konjunkturpolitik. Wilhelm Bauer blieb bis 1970 erster Vorsitzender des Gremiums²⁵⁹ und danach bis zu seinem turnusmäßigen Ausscheiden aus dem Sachverständigenrat im Jahr 1974 eine prägende Figur im Rat.

Neben den Wirtschaftsforschungsinstituten und den internationalen Institutionen wie z. B. der OECD und dem IWF, die ebenfalls wirtschaftliche Berichterstattung und wirtschaftspolitische Beratung betrieben, war mit dem Sachverständigenrat in der Bundesrepublik eine weitere, qualitativ hochstehende Institution geschaffen. Die damit verbundene Aufwertung der Wirtschaftswissenschaften schuf für die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute außerordentlich günstige Bedingungen. Das gedachte man insbesondere im RWI zu nutzen, das ja von Beginn an durch Wilhelm Bauer entscheidend an der Begründung und Ausgestaltung dieses neuen wirtschaftspolitischen Beratungsgremiums beteiligt gewesen war.

257 „Wunderpillen werden nicht verordnet. NRZ-Besuch bei Professor Bauer – einer der fünf Männer des Sachverständigenrats“, in: Neue Ruhr Zeitung vom 21.2.1964.

258 So der Titel seines Vortrages anlässlich der Jahresversammlung der Fördergesellschaft des RWI, vgl. „Prof. Bauer fordert Koordinierung von Finanz- und Konjunkturpolitik“, in: Essener Tageblatt vom 18.3.1966.

259 „Sachverständigenrat noch nicht komplett“, in: Handelsblatt vom 13./14.3.1970.